

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 302 · 26. JAHRGANG · AUSGABE 5/2020 VOM 28. APRIL 2020 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3-6 | **Kampf- und Feiertag
der Werktätigen**
Erster Mai in Krisenzeiten

7 | **Kritik an der Arbeit
der Kreiswerke Barnim**
Ein Geflecht diverser Tochterfirmen

9 | **Eberswalder Kleingärten
werden zu Bauflächen**
EFH-Standorte gesucht

Atombomber statt Gesichtsmasken?

Forderung: Städteappell zum Atomwaffenverbot nicht länger hinauszögern

Eberswalde (bbp). Vor 75 Jahren, in der Nacht vom 25. auf den 26. April 1945, legten deutsche Bomber die Eberswalder Innenstadt in Schutt und Asche. Die Wirkungen sind noch heute spürbar, nicht zuletzt im Streit um die Friedrich-Ebert-Straße Süd.

Die Fraktion Die PARTEI Alternative für Natur und Umwelt hatte aus diesem Anlaß schon Anfang März der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung (StVV) vorgeschlagen, daß sich die Stadt dem Städteappell der Internationalen Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen (ICAN) zu dem von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen anschließt.

Zu den drastischen Maßnahmen wegen der Corona-Pandemie gehörte auch die Absage der März-Sitzung der StVV. Damit entfiel auch die geplante erste Lesung des Beschlußvorschlags. Inzwischen wurde beschlossen, die StVV-Sitzung am 29. April durchzuführen. Auf Bitten des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung MARTIN HOECK (FDP) ließ sich die Einreicherfraktion darauf ein, die Städteappell-Vorlage wegen der umfangreichen Tagesordnung zu verschieben.

Nur wenige Tage später ging die Meldung durch die Medien, wonach die Kriegsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) ihrem US-Kollegen Mark Esper den Kauf von US-Kampfflugzeugen vom Typ F-18 zugesagt habe.

Hintergrund ist das Bestreben, die als veraltet geltenden Tornados zu ersetzen. Die BRD-Luftwaffe hat noch 90 Tornados im Bestand, davon 80 im regulären Bestand und 10 zur Ausbildung am Boden oder für wehrtechnische Tests. Insgesamt sollen 135 neue Flugzeuge angeschafft werden. Davon 90 Eurofighter und 45 US-amerikanische F-18. Letztere dienen vor allem dem Zweck der »nuklearen Teilhabe« der Bundeswehr. Hierzu lagern in Büchel US-amerikanische Atombomben, die im Kriegsfall von BRD-Flugzeugen abgeworfen werden sollen.

Als Koalitionspartner hat sich die SPD über den »Alleingang« von Kramp-Karrenbauer beschwert. Das erscheint indes als pure Heuchelei. Denn grundsätzlich befürwortet auch die SPD den Kauf der atomwaffenfähigen Kriegsflyer. So bekannte sich vor einem Jahr der hiesige SPD-Bundestagsabgeordnete STEFAN ZIERKE auf Nachfrage ausdrücklich zur deutschen Teilhabe an den Atomwaffen (»SPD-MdB Zierke für Atombomben« in: BBP 6/2019).

Und das, obwohl der Bundestag schon vor zehn Jahren den Abzug der Atomwaffen verlangt hatte. Mit der »nuklearen Teilhabe« und der Stationierung von Atomwaffen auf ihrem Territorium macht sich die BRD nicht nur zum Ziel nuklearer Gegenschläge, sondern vergeudet zugleich Millionen an Geld. Allein die 45 atomwaffenfähigen Kampfflyer sollen 12 Milliarden Euro kosten – ohne die nachfolgenden Kosten für Betrieb, Instandhaltung und spätere Modernisierungen.

Während hier die Milliarden locker sitzen, zeigen sich die Unzulänglichkeiten im Gesundheitssystem, wo die herrschende Bürokratie über



Foto: GERO MARMANN

Waffenschauen wie auf dem Foto vom Mai 2004 gibt es in Eberswalde schon seit langem nicht mehr. Auch das ist ein Indiz, daß es Bürgermeister Friedhelm Boginski ehrlich meint, wenn er in seinem Grußwort zum 75. Jahrestag der Befreiung schreibt: »Schon früh war für mich klar, daß es das Ziel meines politischen Wirkens war und ist, daß nachfolgende Generationen von den gravierenden und tragischen Erfahrungen eines Krieges verschont bleiben.«

Wochen sogar an der Beschaffung einfacher Mundmasken scheiterte. Die Bedrohung durch Atomwaffen mag kein unmittelbares kommunales Thema sein. Das Agieren der Kriegsministerin zeigt aber, wie notwendig es ist, auch die sogenannte »große Politik« nicht aus den Augen zu verlieren.

Auf ein nochmaliges Verschieben ihrer Vorlage zum Städteappell, so der Fraktionsvorsitzende MIRKO WOLFGRAMM, werde sich Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur nicht einlassen. Sie nehme den Bürgermeister und sein Grußwort zum 75. Jahrestag der Befreiung am 8. Mai 1945 im April-Amtsblatt beim Wort.

»Nicht nur jetzt im Zusammenhang mit der Corona-Krise ist die Anschaffung von kernwaffentragenden Kampfflyern durch die Bundeswehr ein Schlag gegen die Interessen unseres wie aller weiteren Völker Europas und der Welt«, ergänzt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende OSKAR DIETTERLE. »In diesem Zusammenhang wende ich mich auch klar gegen die Forderung der US-Regierung, die Rüstungsausgaben auf 2% vom BIP zu steigern. Deutschland wird von keinem einzigen Land militärisch bedroht. Die einzige Bedrohung anderer Staaten geht schon seit Jahrzehnten von der NATO und speziell von den USA aus! Ich erinnere nur an die völkerrechtswidrigen Angriffe der NATO gegen Serbien 1999 sowie den Krieg gegen den Irak 2003.«

Systematische Aleatorik **Deutlich mehr als ein »Demo-Zehner«**

Kein Ziel, ohne Plan, aber wenigstens fantastisches Wetter. So steht es auf der Tafel am Blumenhaus am Markt. Wer hätte das gedacht. Nicht einmal in den kühnsten Phantasien war eine so gravierende Entwicklung vorstellbar. Gewissermaßen über Nacht haben die Regierungen den Kapitalismus auf der Welt angehalten. Tatsächlich. Einfach so. Stopp. Nichts geht mehr. Frau Merkel, die Herren Trump, Johnson, Xi Jinping, Kyriakos Mitsotakis und ein paar andere.

Und siehe da, es geht, obwohl sämtliche Vergnügungsstätten geschlossen sind. Man kann den Kapitalismus tatsächlich über Nacht anhalten. Was die unsichtbare Hand des Marktes nicht kann, das vollbringen Regierungen. Die schaffen das.

Wenn sie es wollen, dann stehen die Räder still und die Flugzeuge rosten am Boden. Zahlreichen unterhaltenden und dienenden Industrien fehlt auf lange Zeit die Geschäftsgrundlage. Die Menschen auf der ganzen Welt machen mit und haben auf einmal viel Zeit für sich. Was die Regierung sagt, wird gemacht, ohne langes Hin und Her. Die retten ja die Menschheit. Alle sitzen zu Hause bei sich selbst. Der Urlaub fällt aus. Man kommt zur Besinnung und beschäftigt sich mit seinen Kindern, den nächsten Angehörigen und der unmittelbaren Umgebung.

Und was auf einmal alles geht. Aus einem Vermummungsverbot wird die Maskenpflicht. Man bekommt Geld, wenn man Erdöl kauft oder den Laden schließt. Arbeiter, Angestellte und Beamte erhalten bedingungsloses Grundeinkommen, Kleinunternehmer Geld für Nichtstun. Welch ein Wunder und alle Parteien machen mit. Die Regierung hält das Ruder fest in der Hand und fährt auf Sicht. Im Nebel, auf hoher See, ohne Ziel und ohne Plan, bei schlechtem Wetter.

Als Rechtfertigung für die ungeahnten Vorgänge muß ein neuartiger Virus herhalten. So ein Lafer. Viren sind nur Zellkerne, ohne Hirn und Verstand. Sie haben ein Ziel und einen erfolgreichen Plan. Diese winzigen Dinger können sich nicht selbst vermehren und sind auf die Unterstützung anderer Lebewesen angewiesen. Das befallene Immunsystem wehrt sich und die Viren verändern sich. Das ist ein ewiges Hin und Her. Unsere neuartige Lebensweise ermöglicht ihnen weltweite und rasante Verbreitung. Hilfreich für Viren sind schöne warme Zellen mit schwachem Immunsystem, Menschen, die ständig in die entferntesten Gegenden kutschen, auf jeder dümmlichen Veranstaltung rumlungern und sich auf engstem Raum einsperren lassen.

Geld, Kapital und Regierungen brauchen Viren nicht. Aber die Menschen brauchen endlich andere, menschengerechte Ziele. Dann gäbe es auch gute Pläne und menschliches Wachstum. Bei jedem Wetter. Sogar im Nebel.

Spendensammlung als Reaktion auf AfD-Kundgebung in Bernau war sehr erfolgreich

Das Netzwerk für Weltoffenheit Bernau rief am 7. März auf dem Bahnhofsvorplatz zu buntem, friedlichem Protest sowie zu Spenden auf. Unter dem Motto »Stopp die Brandstifter – Solidarität statt Haß, Hetze und Gewalt« versammelten sich etwa 250 Menschen aller Generationen, die kreativ zeigten, daß sie in keinem Land leben möchten, das von Demagogen regiert oder mitregiert wird. Noch unter dem Eindruck des rassistischen Terroranschlags von Hanau machten sie deutlich: Wir treten gegen Haß und Hetze, für eine solidarische Gesellschaft ein, in der Menschenrechte nicht von Zufälligkeiten wie dem Ort der Geburt abhängig sind.

Vorab versprach das Netzwerk für Weltoffenheit: Als Gegengewicht gegen die Ausschleiberitis der AfD sorgen wir dafür, daß pro Teilnehmer/in an der Kundgebung mindestens 10 Euro an Pro Asyl e.V., an Women in exile bzw. an Barnim für alle gespendet werden. Anfangs fragten einige Aktive im Netzwerk skeptisch: Ist ein »Demo-Zehner« nicht doch zu viel und überhaupt realisierbar? Wenn 100 Menschen zur AfD-Kundgebung kommen, brauchen wir 1000 Euro Spenden... Optimistische

Stimmen im Netzwerk überwogen dann: »Notfalls stocken wir anschließend die Spenden auf.«

Aufstocken ist nun nicht nötig. An der AfD-Kundgebung beteiligten sich 50 bis maximal 80 Teilnehmer, überwiegend ältere Männer. Spenden in Höhe von 800 Euro hätten also gereicht, um die Zusage einzulösen. Wie das Netzwerk jetzt in Erfahrung brachte, gingen mit dem Vermerk »Spende BER0703« bis Ende März insgesamt **1.810 Euro** bei den drei Organisationen ein, die sich für die Rechte geflüchteter Menschen einsetzen.

ROBERT LISSMANN vom Bernauer Netzwerk faßt zusammen: »Vor dem Ausbruch der Coronapandemie war dies wohl für längere Zeit die letzte Demonstration der demokratischen Zivilgesellschaft in Bernau. Wir bedanken uns sehr für den engagierten und bunten Protest gegen die AfD-Kundgebung sowie für die kleinen und größeren Spenden. Wer rassistisches Gift aktiviert, dann bei rechtem Terror Erstaunen und Erschrecken heuchelt und keinen Zusammenhang sehen will, versucht die Menschen für dumm zu verkaufen. Bleiben Sie gesund und aktiv, aufmerksam und solidarisch.«

JULIANE LANG

KAG Region Finowkanal wird aufgelöst

Eberswalde (bbp). Die Eberswalder Stadtverordneten beraten auf ihrer Sitzung am 29. April unter anderem auch über ihren Austritt aus der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft (KAG) Region Finowkanal. Zugleich soll der Vertrag zwischen der KAG und dem Europäischen Regionalen Förderverein (eRFV) zum 31. Dezember 2020 beendet werden.

Konkret heißt es in der vom Amt für Stadtmarketing und Tourismus eingebrachten Vorlage: »Der Bürgermeister wird beauftragt, in der nächsten Mitgliederversammlung der KAG Region Finowkanal einen Antrag auf Beendigung der Zusammenarbeit der Mitglieder in der KAG Region Finowkanal zum 31.12.2020 einzubringen und

diesem zuzustimmen. Gleichzeitig wird der Bürgermeister beauftragt, ... die Beendigung der Mitgliedschaft der Stadt Eberswalde zum 31.12.2020 schriftlich zu erklären.«

Hintergrund der Auflösung der KAG, die einst von den Anrainergemeinden mit dem Ziel gegründet wurde, das Schleusenregime am Finowkanal aufrecht zu halten sowie Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen im Kontext des Finowkanals durchzuführen, ist die Tatsache, daß inzwischen im Februar 2020 ein Zweckverband Finowkanal gegründet wurde. Der neue Zweckverband soll ab 1. Januar 2021 die Aufgaben der KAG Region Finowkanal übernehmen.

Landrat mißachtet Kreistagsbeschuß

Anfang Dezember 2019 hatte der Kreistag Barnim mit großer Mehrheit die Bewilligung von je 30.000 Euro für die Tafel Bernau e.V. für die Jahre 2020 und 2021 beschlossen. Trotz der jetzigen Krisenzeit, in der diese gemeinnützige Einrichtung dieses Geld dringend benötigt, verzögert die Kreisverwaltung weiterhin die Auszahlung, die sie von Prüfungen und Klärungen mit der Stadt Eberswalde abhängig macht.

Der Kreistagsbeschuß hat die Bewilligung der Gelder jedoch nicht an irgendwelche Bedingungen geknüpft. Es ist die Aufgabe der Kreisverwaltung, Beschlüsse des Kreistages umzusetzen. Entsprechende Anfragen in den

letzten Wochen blieben leider ergebnislos. Es ist nicht nachvollziehbar, daß die Barnimer Kreisverwaltung trotz mehrfacher Bitten und klarer Beschlüßlage die Bereitstellung der Mittel verzögert. Die Tafeln kämpfen derzeit mit einer besonders schweren Situation. So werden die Lebensmittel knapp, da von den Supermärkten aufgrund der derzeit hohen Nachfrage weniger abgegeben wird. Zugleich müssen viele Ehrenamtliche pausieren, da sie vielfach selbst zu Risikogruppen gehören.

Daher fordern wir die unverzügliche Auszahlung der vor fast vier Monaten beschlossenen Gelder.

PÉTER VIDA



Es lebe der Erste Mai! Der Kampf- und Feiertag der Werktätigen

Der Erste Mai ist auch 2020 ein Feiertag. Als Kampftag der Arbeiterklasse fällt er wegen der Corona-Pandemie in diesem Jahr zumindest in seinen traditionellen Formen aus (auf dem Foto: 2015er Erste-Mai-Demo mit FDP-Bürgermeister Friedhelm Boginski und weiteren regionalen Politikern von SPD, Linken und Bündnisgrünen an der Spitze).

Demonstrationsverbote zum Ersten Mai gab es zuletzt in der Weimarer Republik. Damals ließen sich die Menschen in den Arbeitervierteln etwas einfallen und schmückten die Fenster auf unkonventionelle Art. Mit roten Betten-Inlets auf den Fensterbrettern, roten Handtüchern und roten Blusen auf der Wäscheleine usw. Heute muß man nicht auf solche versteckten Mittel zurückgreifen. Die Fenster könnten mit roten Fahnen geschmückt werden, die früher fast jeder im Haus hatte...

Offiziell heißt der Tag »Tag der Arbeit«. Damit wird abgelenkt, daß es an diesem Tag nicht um die Arbeit an sich, sondern um jene geht, die diese Arbeit tagtäglich tun – die Arbeiterinnen und Arbeiter oder allgemeiner: die Werktätigen. Diese tragen in der Hauptsache die Folgen der aktuellen Einschränkungen. Während die einen über Mangel an Arbeit und Einnahmen infolge des Corona-Stillstands klagen, wird für andere »pandemiebedingt« die 60-Stunden-Arbeitswoche eingeführt, werden Sonder-Einreiseregulungen für rumänische Spargelstecher getroffen, sogar die Bundeswehr macht mobil, um osteuropäische LKW-Fahrer zu ersetzen. Das an unbedingter Profitoptimierung orientierte ökonomische System zeigt in der Krise seine Schwachstellen...

Wir wollen diese Ausgabe den Werktätigen widmen, die den Reichtum schaffen, aber nur bedingt daran teilhaben.

Gewerkschaft: Lebensmittelindustrie arbeitet am Limit:

»Arbeitszeitvorschriften nicht aushebeln«

Sie sorgen für Nachschub im Supermarkt: Die rund 1.300 Menschen, die laut Arbeitsagentur im Kreis Barnim in der Lebensmittelindustrie arbeiten, leisten in der Coronavirus-Pandemie einen entscheidenden Beitrag dafür, daß Essen und Trinken nicht knapp werden.

Darauf hat die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) hingewiesen. »Überstunden und Extra-Schichten sind in der Lebensmittelindustrie schon seit Wochen an der Tagesordnung. Die Menschen arbeiten am Limit, damit Aldi, Lidl, Rewe, Edeka & Co. die Ware nicht ausgeht«, sagt SEBASTIAN RIESNER von der NGG-Region Berlin-Brandenburg. Die Lebensmittelbranche wurde dementsprechend für »systemrelevant« erklärt. Bei den Beschäftigten allerdings tauchen gerade jetzt viele Fragen auf, so die Gewerkschaft.

»Klar ist, daß die Versorgung mit Lebensmitteln an der Industrie, aber auch am Bäcker- und Fleischerhandwerk nicht scheitert. Wenn Nudelregale einmal leer oder Tiefkühlpizzen ausverkauft sind, dann liegt das vor allem an übertriebenen Hamsterkäufen und an Problemen in der Logistik«, macht Riesner deutlich.

Scharfe Kritik übt der NGG-Geschäftsführer vor allem aber auch an den Vorgaben von Supermarktketten. Die Konzerne forderten von den Herstellern auf der einen Seite, in der Krise noch schneller und noch mehr zu produzieren. Zugleich wolle man die Preise drücken. »Das geht letztlich auf Kosten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ohnehin unter Vollast arbeiten«, so Riesner.

Da es in der Lebensmittelindustrie derzeit keinerlei Versorgungsengpässe gibt, warnt die NGG vor geplanten einschneidenden Eingriffen in das Arbeitszeitgesetz. »Corona darf nicht

dafür herhalten, die Höchstgrenzen bei der Arbeitszeit auszuhebeln. In Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen haben wir in der Lebensmittelindustrie schon lange die nötige Flexibilität, um Hochphasen zu stemmen. Sonst wären die Supermarktregele ja längst leer«, betont der Gewerkschafter. Gesetzliche Standards seien wichtig. Sonst leide am Ende die Gesundheit der Beschäftigten: »Wer eine 12-Stunden-Schicht in der Backwarenindustrie hinter sich hat, bei dem steigt die Unfallgefahr«, sagt Riesner. Das derzeit gültige Arbeitszeitgesetz setze ein klares Limit: nicht mehr als zehn Stunden am Tag und nicht mehr als 60 Stunden pro Woche.

Auch der richtige Arbeitsschutz sei mit Blick auf den laufenden Hochbetrieb in der Ernährungsindustrie und im Lebensmittelhandwerk »extrem ernst« zu nehmen. »Die Firmen müssen dafür sorgen, daß genug Schutzkleidung da ist und die Abstandsregeln – etwa an Produktionsstraßen – eingehalten werden. Der Schutz vor Infektionen hat höchste Priorität«, so Riesner.

Gewerkschaft NGG

Die NGG rät Beschäftigten, die Mißstände beobachten oder unter Überlastung leiden, sich an die Gewerkschaft oder den Betriebsrat zu wenden. Umfassende Infos zur Coronavirus-Pandemie hat die NGG online gestellt: www.ngg.net/corona

Mit einer digitalen Demonstration unter dem Motto #GesichterDerKrise gibt die NGG betroffenen Beschäftigten zudem die Möglichkeit, auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Weitere Infos: www.facebook.com/GewerkschaftNGG.

Trotz Corona:

Bauarbeiter packen zu

Auf den Baustellen ist kein Home-Office möglich. Trotz drastischer Einschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie arbeitet die Baubranche im Landkreis Barnim mit einem Großteil ihrer Kapazität weiter. Die Gewerkschaft IG BAU dankt den 2.100 Bau-Beschäftigten im Kreis für ihren Einsatz.



Foto: IG BAU

Natürlich trifft Corona auch den Bau hart. Das Abstandhalten macht die Hand-in-Hand-Arbeit nicht leichter, ist aber ein Muß. Trotzdem zeigt sich die Bauwirtschaft bislang insgesamt deutlich immuner gegen die Krise als viele andere Branchen. Damit leisteten die Beschäftigten einen entscheidenden Beitrag zur Stützung der regionalen Wirtschaft.

Es sind die Maurer und Zimmerleute, die Landschaftsgärtner, Dachdecker und Straßenbauer. Und vor allem auch die, die für den Nachschub auf dem Bau sorgen: Die Beschäftigten der Baustoffindustrie. Sie alle halten einen zentralen Wirtschaftszweig im Landkreis Barnim am Laufen. Denn wer auch in der Krise für mehr Wohnraum und funktionierende Straßen sorgt, der baut mit seinem Job ein Stück an der Zukunft. Damit leisten Bauleute einen enorm wichtigen Beitrag für die Gesellschaft. Es ist Zeit, ihnen dafür einfach auch mal „Danke!“ zu sagen.

Zugleich appellieren wir an die Unternehmer, die strikte Einhaltung der Hygieneregeln sicherzustellen. Das betrifft große Frühstücksrunden im Baucontainer, aber auch die Fahrt im vollbesetzten Bulli zur Baustelle. Jede Bau-firma muß hier ihren eigenen Pandemie-Plan erstellen. Ist der Mindestabstand von 1,5 bis 2 Metern bei speziellen Arbeiten nicht einzuhalten, muß der Chef spätestens dann auch Masken und Schutzhandschuhe bereitstellen. All das heißt, daß sich Gewohnheiten ändern müssen. Es darf nicht alles 08/15 weiterlaufen. Viele Handgriffe, viele Sachen, die »schon immer so waren«, gehen jetzt nicht mehr. Arbeitsabläufe müssen sich ändern.

Der Schutz der Beschäftigten hat oberste Priorität. Mißachtet der Chef das, müssen sich die Mitarbeiter zur Wehr setzen. Dabei hilft die Gewerkschaft (Kontakt: eberswalde@igbau.de).

ASTRID GEHRKE, *Industriegewerkschaft Bau- und Agrar-Umwelt (IG BAU), Bezirk Oderland*

Alloheim in Altenhof:

Helfer für Pflegekräfte gesucht

Altenhof (bbp). »In der Pflegebranche ist gerade jetzt Zusammenhalt gefragt«, sagt Einrichtungsleiter Samuel Wiedebusch vom Alloheim in Altenhof. »Unsere Bewohner zählen zur absoluten Risikogruppe und wir wollen mit aller Kraft dafür sorgen, daß jegliche Infektionsgefahr ausgeschlossen werden kann.« Die Mitarbeiter von Pflegeeinrichtungen stehen deshalb momentan vor großen Herausforderungen. Ihr voller Einsatz ist gefragt. Von ihrer eigenen Gesundheit und Arbeitsfähigkeit hängt auch für andere viel ab. Parallel müssen sie sich aber auch um ihre Familie oder Kinder kümmern.

Das Alloheim »Haus am Werbellinsee« in Altenhof möchte ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerne entlasten und sucht daher Ehrenamtliche zur Unterstützung. »Wir wollen so weit möglich alle potentiellen Risikoquellen ausschließen und minimieren«, sagt der Einrichtungsleiter. »Gerade jetzt gilt es, Zusammenhalt zu beweisen und denen, die das Leben anderer schützen, Unterstützung zu schenken. Ich hoffe auf viele Ehrenamtliche, die unsere Mitarbeiter

ganz pragmatisch unterstützen und etwas zu ihrer Entlastung beitragen möchten.« Das können sie tun, wenn sie den Mitarbeitern und den betreuten Senioren den privaten Einkauf im Supermarkt abnehmen. Das Team der Einrichtung würde die privaten Einkaufslisten den Freiwilligen zukommen lassen, die dann die Besorgungen erledigen, während die Mitarbeiter ihre Schichten ableisten, sich nach anstrengenden Nachtschichten ausruhen oder ihre Kinder betreuen.

»Unsere Pflegekräfte arbeiten Tag für Tag für das Wohl und die Gesundheit unserer Eltern, Großeltern oder Menschen, die in einer Pflegeeinrichtung leben. Ich bitte daher junge und gesunde Bürger der Region, unseren ‚Helden der Pflege‘ in dieser Zeit etwas zurückzugeben und sich bei uns als ehrenamtliche Unterstützer für Einkäufe von Mitarbeitern zu melden«, so Samuel Wiedebusch. Wer interessiert ist, kann sich jederzeit bei Annela Brandenfels melden (Tel. 033363/5231070, eMail: Annela.Brandenfels@alloheim.de).

Schutz der Beschäftigten und Patienten

Offener Brief von Beschäftigten aus über zwanzig Brandenburger Krankenhäusern

Beschäftigte von über zwanzig Brandenburger Krankenhäusern – darunter die größten in Potsdam, Frankfurt (Oder), Cottbus, Eisenhüttenstadt, Brandenburg, Niederlausitz und Eberswalde – haben sich Anfang April in einem offenen Brief an den Ministerpräsidenten Dietmar Woidke, Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher, die Gesellschafter der Krankenhäuser und ihre Klinikleitungen gewandt und fordern dringend Unterstützung. Sie wollen z.B. ausreichende Schutzkleidung, Desinfektionsmittel und die schnelle unbürokratische Einstellung von Personal.

URSULA KREGEL (OP-Schwester am Werner Forßmann Krankenhaus Eberswalde) führt aus: »Das Land Brandenburg muß einen Weg finden, Masken, Schutzkittel, Schutzbrillen, Handschuhe und Desinfektionsmittel zu produzieren. Es ist bereits absehbar, daß die vorhandenen Bestände nicht ausreichen werden. Bayern und Baden-Württemberg machen es vor: Dort werden Produktionsstätten umgerüstet.«

ANDREAS KUTSCHE (Krankenpfleger am Städtischem Klinikum Brandenburg) betont, daß die Expertise der Pflegekräfte in der Krise gehört werden muß: »Wir schlagen deswegen eine zeitnahe Beratung per Videokonferenz von Beschäftigten aus den Krankenhäusern mit Ministerpräsident Dietmar Woidke und der Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher vor, um die Punkte aus diesem Brief zu diskutieren.«

Nicht erst seit der »Corona-Krise« leisten die Beschäftigten in den Brandenburger Krankenhäusern samt ihren ausgelagerten Tochterfirmen Enormes für das Land. Oftmals schlecht bezahlt, ohne Schutz durch Tarifverträge und mit harten Arbeitsbedingungen läuft das viel zu wenige, über Jahrzehnte »weggesparte« und »outgesourcte« Personal in fast allen Bereichen hart an der Grenze der physischen und psychischen Belastbarkeit. »Diese Kolleginnen und

Kollegen, die nun auch noch durch den Kontakt mit Infizierten selbst einer hohen Gefährdung ausgesetzt sind, die selbst nach Orientierung suchen, erweisen sich in der Krise als verlässliche Stützen des Brandenburger Gesundheitswesens«, führt Frank Ploß, ver.di-Gewerkschaftssekretär für Nordostbrandenburg aus.

Die Krankenhäuser wurden über Jahrzehnte durch ein widersinniges Prinzip des »Marktes« kaputtgespart, statt sich ausschließlich an der Gesundheit der Bevölkerung zu orientieren. Deshalb fordern die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auch die sofortige Abschaffung der »Fallpauschalen« (DRGs) und die Gewährleistung einer kostendeckenden Finanzierung.

Dr. ANDREAS SPLANEMANN

Neuer Kreisdezernent

Eberswalde (bbp). Die Kreisverwaltung Barnim hat einen neuen Dezernenten für Öffentliche Ordnung, Bildung und Finanzen. Auf seiner Sitzung am 11. März hat der Kreistag den Oberregierungsrat Oliver Turner zum Dezernenten bestellt und zugleich die Dezernentenstelle in eine Beamtenstelle bis zur Besoldungsgruppe A16 umgewandelt.

60-Stunden-Arbeitswoche

Britz (bbp). Die polnischen Mitarbeiter in der Eberswalder Wurstfabrik in Britz arbeiten z.T. noch im Unternehmen. Anfangs gab es noch Grenzgänger, die mittels Bestätigungsschreiben zusätzlich viel Freizeit opferten, um in Britz ihren Schichtdienst antreten zu können. Später wohnte ein Teil hier und blieb mit den Verwandten daheim nur noch per Telefon und Internet in Verbindung. Welche andere Möglichkeit hätten sie, um an Geld zu kommen? Es gibt Dankschreiben und Anerkennung seitens des

Handels, der Logistikbranche und der Geschäftsführung als Zuckerbrot und die Aus-schöpfung des Arbeitszeitgesetzes 6 x 10 Stunden/Woche. Auf diese Weise wird in Britz ver-sucht, auf die unerwartete Vorratswirtschaft großer Teile der Bevölkerung zu reagieren. »Überstunden anzuweisen ist das eine«, sagte ein Beschäftigter, »diese dann abzufeiern das andere. Ein Dank vor der Front ist ja sehr schön, finan-zielle Anerkennung als Motivationshilfe ist wirkungs-voller. Bis jetzt kam da noch nichts.«

Faire Bezahlung für Erntehelfer

IG BAU fordert Härtezulagen und Beachtung der hygienischen Herausforderungen

Regionale Produkte stehen ohnehin hoch im Kurs. Dazu kommt noch, daß während der Corona-Pandemie frisches Obst und Gemüse sowieso gut gehen – als Alternative zu den auf Vorrat gekauften Raviolidosen und Tütensuppen. Und natürlich als Rohstoff für die Lebens-mittelindustrie. Allerdings haben viele Land-wirte in der Region ein Problem, das sich durch die Corona-Pandemie nochmals massiv ver-schärft: Es fehlen Helfer auf den Höfen. Sais-onkräfte aus Rumänien oder Bulgarien dürfen wegen der Corona-Pandemie nur bedingt ein-reisen – zu wenige, um eine reibungslose Ernte zu garantieren. Jetzt geht es darum, ein neues Wort zu entdecken: »Ernte-Solidarität«. Wer aus dem Landkreis Barnim zupacken kann, sollte das jetzt tun. Es ist die Chance, Geld ne-benbei zu verdienen und die Zeit sinnvoll zu investieren. Dabei gehe es nicht nur um die Ernte. Es ist auch die Zeit fürs Pflanzen und Säen: Karotten, Blumenkohl, Radieschen, Zwiebeln, Kopfsalat, Kohlrabi & Co. müssen jetzt auf die Felder. Im Mai nimmt die Arbeit für Pflanz- und Erntehelfer dann noch einmal deutlich zu. Die Landwirtschaft ist auf etwas angewiesen, was es schon lange nicht mehr gab: Darauf, daß alle vor Ort mit anpacken. Auf ein Pflanzen und Ernten – zu (fast) 100 Prozent made by Kreis Barnim. Allerdings darf das nicht um jeden Preis geschehen: Lohn und vor allem auch Hygienestandards sind wichtig.

Wer Schüler, Studenten oder Flüchtlinge für die Arbeit auf dem Feld anheuert, der muß sie auch fair bezahlen. Und auch in der Landwirt-schaft gilt der gesetzliche Mindestlohn von 9,35 Euro pro Stunde.

Zusätzlich fordert die IG BAU für Saisonar-beiter genauso wie für die Stammebelegschaften in Agrarbetrieben eine Erschwerniszulage. Immerhin setzen sich die Beschäftigten in der Phase der Corona-Pandemie bei ihrer Arbeit auch einem gewissen gesundheitlichen Risiko aus. Landwirte in der Region sollten eingear-beitete Saisonkräfte mit einem Lohn nicht un-ter 11 Euro pro Stunde vom Feld gehen lassen.

Viele kommen zunächst ohne Vorkenntnis-se, was die Arbeit in der Landwirtschaft an-geht. Laien werden die professionellen Hand-griffe erst lernen müssen. Hier brauchen beide Seiten etwas Geduld – die Helfer, aber auch die Landwirte. Schulen, Fachhochschulen und Unis, die geschlossen haben. Menschen in Kurzarbeit oder im Vorruhestand, die sich et-was hinzuverdienen wollen. Oder Beschäftigte, die schon ihre Kündigung bekommen haben. Und auch Geflüchtete, die ihre Chance sehen, an Arbeit zu kommen – die aktuelle Situation darf nicht dazu führen, daß Menschen bei der Erntearbeit auf den Feldern über den Tisch ge-zogen werden. Neben der Bezahlung ist aber auch die Hygiene bei der Arbeit auf den Fel-dern wichtig – sogar das A und O: Es kommt

Fragen, ob auf Arbeitskräfte von Fremd-be-trieben zurück gegriffen wird, blieben zunächst unbeantwortet. Hauptargument dagegen: feh-lendes Gesundheitszeugnis. Was allerdings für Beschäftigte aus Gastro und Hotellerie nicht zutreffen dürfte.

Auch die Frage, wann die anfallenden Über-stunden abgefiebert werden und ob es einen Überstundenzuschlag gebe, blieb ohne Ant-wort. Hinzu kommen Sortimentsbereinigungen und ein Nachdenken über eine umweltgerech-tere Verpackungsform, die aber eher weniger mit der aktuellen Krise zu tun haben.

darauf an, auch draußen das regelmäßige Hän-dewaschen und Desinfizieren sicherzustellen. Das bedeutet, daß die Toilette am Feldrand ei-nen Wasseranschluß braucht. Das sonst übli-che Mobil-WC reicht hier nicht. Denn ohne Wasser – kein Händewaschen.

Wenn Pflanz- und Erntehelfer in Unterkünf-ten untergebracht werden, dann sind Einzel-zimmer notwendig. Die Corona-Pandemie be-deutet das Aus der sonst üblichen Sammelun-terkünfte. Denn dort gilt das gleiche wie auf den Feldern: Der Abstand von mindestens 1,5 Metern ist Pflicht. Zudem müssen Sozial- und Sanitäräume alle zwei Tage fachmännisch ge-reinigt werden. Was auch tabu ist, die Sammel-fahrt von Feld zu Feld. Neun-Mann-Bullis dür-fen nicht mehr voll besetzt zum Einsatz kom-men. Erntehelfer sollten möglichst alleine und mit dem eigenen Pkw, Motorroller oder Fahr-rad zur Feldarbeit fahren. Dafür muß ihnen der Landwirt eine Entschädigung bezahlen.

Die Corona-Gefahr lauert überall. Pflanz- und Erntehelfer dürfen das bei ihrem Einsatz unter freiem Himmel nicht vergessen. Es ist die Pflicht der Arbeitgeber, die Arbeitsplätze und Unterkünfte so einzurichten, daß die Hygiene-standards einfach einzuhalten sind. Wer Fra-gen und Probleme hat, sollte sich an die IG BAU oder an das örtliche Gesundheitsamt wenden. Wichtige Hygieneregeln für die Ar-beit in der Landwirtschaft hat die Agrar-Ge-werkschaft IG BAU online gestellt: igbau.de/Ploetzlich-Erntehelfer.html

ASTRID GEHRKE,
IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) Oderland

Corona und Tarifverhandlungen

Brandenburg (verdi/bbp). Die Mitarbeiter der Entsorgungsbetriebe arbeiten auch in Corona-Zeiten hoch engagiert, um die Entsorgungssi-cherheit zu gewährleisten. »Das Geschäft läuft unter schwierigsten Bedingungen gut weiter, weil die Beschäftigten alles geben für die Bürgerinnen und Bürger«, sagt Ellen Naumann, ver.di Lan-desfachbereichsleiterin Ver- und Entsorgung. Aber es gibt Firmen, welche die Corona-Krise nutzen, um sich anstehenden Tarif-Verhand-lungen zu verweigern, wie beispielsweise die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brande-nburg mbh (MEBRA).

Es sei jedem bewußt, so die Gewerkschafte-rin, daß Tarifverhandlungen in Zeiten, wo Ab-stand halten lebenswichtig ist, schwierig seien. Aber da, wo die Unternehmensvertreter den Willen haben, zu einem Tarifergebnis zu kom-men und ihre Beschäftigten auch wertschät-zen, da gelingt es aktuell auch, Entgelter-höhungen zu zahlen. Schließlich könne man auch freiwillige Zahlungen an seine Beschäftig-ten leisten, die man bei einem späteren Tarifer-gbnis anrechnen könne. Im Falle der ME-BRA, wo der geltende Haustarifvertrag im De-zember 2019 von verdi gekündigt worden war,

liegt die aktuelle Vergütung weit unter dem Ni-veau anderer Tarifverträge in der Branche. Ob-wohl die MEBRA mehrheitlich der Stadt Bran-denburg an der Havel gehört, 49 Prozent wer-den von REMONDIS GmbH & Co. KG Region Ost gehalten, liegen die Löhne sogar noch 20 Prozent unter denen der privaten Ent-sorger der Region. verdi geht dennoch zum jet-zigen Zeitpunkt nicht in einen Arbeitskampf. Die Entsorgungssicherheit der Bevölkerung habe gerade in Zeiten einer Pandemie Vorrang. »Es wäre wünschenswert, wenn die Bevölkerung die Beschäftigten der MEBRA in ihrer Tarifrunde unterstützt und MEBRA und Stadt auffordert, ge-rade in der jetzigen Zeit mit einer angemessenen Vergütung zu reagieren«, so Ellen Naumann.

Von der größten Krise in der Geschichte der Bundesrepublik ist die Rede, was heißt, daß die übliche zyklische Überproduktionskrise, auf deren Ausbruch die Ökonomen seit längerem warteten, von bislang nicht gekannten Mangelkrisen (insbesondere Gesundheitswesen, Pflegebereich, Arzneimittel und Hygienematerial etc.) begleitet wird. Obwohl Hunderttausende in Kurzarbeit geschickt wurden oder bei vollem Gehalt zu Hause bleiben, gibt es plötzlich auch einen Mangel an Arbeitskräften – weil der Zustrom von Billiglohnarbeitern aus dem Osten versiegt ist. Die Mängel der kapitalistischen »Überflußgesellschaft« werden in der Krise bloß allgemeiner sichtbar. Sie sind immanenter Bestandteil dieser Überflußgesellschaft, die sich als überflüssige Gesellschaft und Gesellschaft der Überflüssigen entpuppt, wobei hiermit ausdrücklich nicht jene Ausgestoßenen gemeint sind, deren Arbeitskraft sich nicht mehr gewinnbringend verwerten läßt und die deshalb dem Hartz-IV-Elend preisgegeben sind.

Aus Krisen ergeben sich Chancen für Veränderungen. Aus gesellschaftlichen Krisen ergeben sich Chancen für gesellschaftliche Veränderungen. Um zu begreifen, was vorgeht, ist zunächst Beobachtung und Analyse angesagt. Nicht ohne Grund hieß es in der vorigen BBP-Ausgabe: »Machen Sie Ihre Augen und Ohren auf, denn soviel Zeit muß sein.«

Angesichts der aktuellen Krise meldete sich jetzt auch wieder DARWIN DANTE zu Wort. Dante wurde Anfang der 90er Jahre mit seiner Schrift »5 Stunden sind genug« bekannt. Darin wies er anhand der offiziellen BRD-Statistiken aus dem Statistischem Jahrbuch 1988 nach, daß fünf Stunden Arbeit pro Woche ausreichen würden, »um in genau dem gleichen Wohlstand zu leben, wie er heute ... in der BRD üblich ist!« Also in der BRD des Jahres 1989!

Der »Linke Eberspiegel«, aus dem 1995 die »Barnimer Bürgerpost« hervorging, hatte schon 1994 über die »5 Stunden sind genug!« berichtet (Linker Eberspiegel Nr. 5/1994). Der Autor Jürgen Manneck, so sein richtiger Name, mußte damals als Angestellter der Dresdner Bank seinen brisanten Text unter Pseudonym veröffentlichen. Diese Bank als Hort des Kapitalismus konnte selbstverständlich einen Autoren solch radikaler Kapitalismuskritik nicht als Angestellten dulden. Als das Pseudonym aufflog, flog Manneck auch prompt aus der Firma.

An die Dresdner Bank erinnern sich heute nur noch die Älteren. Das Unternehmen gibt es nicht mehr. Darwin Dante alias Jürgen Manneck hingegen verfolgt seine Ideen noch immer. Nach seinem Rauswurf gründete er den FÖRDERVEREIN FREIE BILDUNG. Daneben entwickelte er in reger Diskussion mit seinen Mitstreitern seine Ideen weiter, wie die Fünf-Stunden-Woche praktisch umgesetzt werden kann.

»Alle Menschen könnten zu den Gewinnern der weltweiten Rationalisierung gehören«, sagt er, »wenn nicht ein Großteil der Weltbevölkerung durch die Mechanismen des heutigen Wirtschafts-

Fünf Stunden sind längst genug

Während in Lebensmittelbetrieben wie dem Fleischverarbeitungsbetrieb in Britz die Belegschaft – das Arbeitszeitgesetz ausreizend – bis zu 60 Stunden in der Woche ma-locht, stehen andere Bereiche der Wirtschaft still. Viele sind auf Heimarbeit umgestiegen. Es stellt sich heraus, daß auf die Leistungen so mancher Branchen, die unverzichtbar schienen, durchaus verzichtet werden kann, während die Beschäftigten anderer Bereiche, die bislang oftmals geringschätzt wurden, nun plötzlich als »Helden der Arbeit« gelten, was sie freilich schon immer waren.



Foto: GERD MARKMANN

»Die Überflüssigen« in dieser Gesellschaft sind keineswegs die Unterlegenen im Wettstreit um bezahlte Arbeitsplätze – also jene, deren Arbeitskraft von den Arbeitskraftkäufern nicht mehr gewinnbringend verwertet werden kann. Überflüssig sind vielmehr jene, die den Mehrwert abschöpfen, den die Arbeitenden schaffen und jene, die sich anmaßen, das Elend der von der Mehrwertschaffung Ausgegrenzten zu verwalten.

systems zur Massenarbeitslosigkeit gezwungen wäre. Die Grundlage jedes gesellschaftlichen Reichtums liegt in der Arbeitskraft der Menschen.« Neben den Reichtümern der Natur und der zwischenmenschlichen Beziehungen, wäre nach Marx zu ergänzen.

Das heutige parlamentarische System schließt die Menschen faktisch von jeglicher Mitsprache aus. Dante fordert deshalb »Basisdemokratie jetzt!« und initiierte vor etwa zehn Jahren die Wählervereinigung DIE BASISDEMOKRATEN. Darwin Dante meint: »Der Weg aus dem Dilemma der Parlamentarischen Demokratie führt über eine föderalistische Direkte Demokratie, in der die Bevölkerung über Volksabstimmungen ihren Weg in die Zukunft selbst bestimmt.«

Es gebe nun eine Neuigkeit, die er selbst mit-trage, heißt es in einer aktuellen Mitteilung von Darwin Dante: »Die Wählervereinigung DIE BASISDEMOKRATEN haben die 5-Stunden-Woche zu einem Leitmotiv ihrer Politik erklärt. Ich halte es für nötig, eine politische Plattform für die Verbreitung des Wissen zur 5-Stunden-Woche zu schaffen und habe mich daher entschlossen, diese Plattform aktiv mit aufzubauen.«

Eine Analyse der teilzeitbereinigten Arbeitslosigkeit zeige, daß in der BRD »schon heute eine teilzeitbereinigte Arbeitslosigkeit zwischen 13,8% und 17,8% besteht«, je nachdem, auf welches Zahlenmaterial man zurückgreift. Eine genaue Berechnung, so Dante, sei vor allen deshalb schwierig, da sich die Regierungen in

den letzten Jahren alle Mühe gaben, die tatsächlichen Arbeitsmarktdaten zurückzuhalten und die Arbeitslosigkeit mit unseriösen Berechnungsmethoden (SGB II & III) zu verschleiern.

In seiner aktuellen Analyse »Die 5-Stunden-Woche im volkswirtschaftlichen Kontext – Automatisierung, Arbeitslosigkeit, Armut und Migration« versucht Darwin Dante zu erklären, warum die durch die Automatisierung erwartete Massenarbeitslosigkeit im Rahmen des »tendenziellen Verfalles der Profitrate« nicht offen zu Tage trat.

Die BASISDEMOKRATEN wollen die Parlamente als Plattform zur Verbreitung ihrer Anschauungen und Erfahrungen nutzen. Ihr Ziel sind dezentrale Organisationsstrukturen, »mit denen sich nach einer Sozialen Umwälzung nicht nur die selbstverwalteten Betriebe organisieren lassen, sondern eine Gesellschaft als Ganzes dezentral organisiert werden kann.«

Diese Strukturen seien auch für einen Übergang in eine herrschaftsfreie Gesellschaft bestens geeignet. »DIE BASISDEMOKRATEN richten ihren Blick auf den gleitenden Umbau der Gesellschaft, also die Gewöhnung der Menschen an eine dezentrale, basisdemokratische Selbstorganisation, die Die Basisdemokraten mit ihrer Kandidatur beginnen möchten.«

GERD MARKMANN

www.5-stunden-woche.de
www.die-basisdemokraten.de

Kritik an Arbeit der Kreiswerke

Es geht bei weitem nicht nur darum, daß die Kreiswerke durch ihre Tätigkeit Aufträge dem freien Markt entziehen. Vielmehr handelt es sich um ein der öffentlichen Kontrolle nur bedingt zugängliches Geflecht aus mehreren Tochtergesellschaften. Eigentlich müssen sich kommunale, also unterstaatliche Tätigkeiten auf zwingende Bereiche der Daseinsvorsorge beschränken. Im Barnim hingegen wurde ein Netz aus Firmen aufgebaut, an deren Spitze ein CDU-Mitglied als Geschäftsführer gesetzt wurde, dessen Arbeit nur durch einen nicht-öffentlich tagenden Aufsichtsrat kontrolliert wird.

Erst jüngst wurde die »Kommunal- und Infrastrukturservice GmbH«, über deren finanzielle Situation der Gebührenzahler nichts erfährt, übernommen. Die Kreiswerke mit ihrer Tochtergesellschaft »Barnimer Dienstleistungsgesellschaft« zeichnen dafür verantwortlich, daß im Barnim die Müllgebühren galoppieren. Als dieser Aufgabenbereich vor etwa zehn Jahren kommunalisiert wurde, wurde versprochen, die Müllgebühren bleiben stabil. Seitdem stiegen sie um etwa zwei Drittel – eine Erhöhung, die mit allgemeiner Inflation nicht zu erklären ist.

Zuletzt wurde mit der Einführung der Bio-Tonne ein weiter Umweltfrevel begangen. Während in ländlichen Orten sehr viele Bürger ihre Bioabfälle kompostieren, wurde vor kurzem eine Abfalltonne bereitgestellt, die als vorgeblich kostenlos angepriesen wurde. Die vermeintliche Gebührenfreiheit verleitete viele, sich diese anzuschaffen. Folge ist, daß nun Dieselfahrzeuge den gesamten Landkreis abfahren, um Biomüll einzusammeln, der bisher umweltfreundlich vor Ort kompostiert wurde. Und die Bio-Tonne gibt es ja auch nicht umsonst – ihre Kosten werden einfach in die Restmüllgebühren eingerechnet, um so die Kosten zu verschleiern und ihre vermeintliche Attraktivität zu erhöhen, was zu einem ökonomisch und ökologisch bedenklichen Ergebnis führte.

Die ebenfalls im Geflecht der Kreiswerke fungierende »Barnimer Energiegesellschaft« hat ihren Ursprung im geplanten und ebenfalls vom Kreis zu verantwortenden Kaufversuch des Holzkraftwerks (Hokawe). Dieses sollte eine Energielieferung aus Holzeinschlag bringen – hierzu wären Wälder in einem Radius von 100 km in Beschlag genommen worden. Schon damals liefen Naturschützer gegen das Vorhaben Sturm.

Im Jahr 2013 stellte die Europäische Union sogar eine ungerechtfertigte staatliche Beihilfe durch das Land Brandenburg fest. Jahrelang war durch den Landesbetrieb Forst künstlich verbilligt Holz weit unter Marktpreis geliefert worden. Dies führte dazu, daß der Bund beim (inzwischen insolventen) Hokawe 2,4 Millionen Euro zurückfordern sollte.

2014 versuchte der Landkreis Barnim unter Federführung des Landrates das finanziell und zum Teil durch einen Großbrand 2012 auch wortwörtlich abgebrannte Hokawe dennoch zu kaufen. Hierzu wurde die »Barnimer Energiegesellschaft« gegründet und mit Personal ausgestattet. Doch der Kauf des Hokawe scheiterte unter hohen Kosten für den Landkreis. Unter anderem, da beim Geschäftsplan des Landkreises davon ausgegangen wurde, daß gemäß altem Liefervertrag vom Landesforstbetrieb Holz

zu den alten Konditionen geliefert würde. Der gescheiterte Kauf hinderte den Landkreis jedoch nicht daran, die »Barnimer Energiegesellschaft« samt Angestellten fortzuführen, auch wenn es gar kein Kraftwerk zu verwalten gab. Man fand – oder erfand – hierzu einfach neue Aufgabenbereiche. Um die seinerzeitigen Kosten aufzuklären, die Beachtung von EU-Recht einzufordern und die seitdem gezogenen Umweltlehren in Erfahrung zu bringen, hatte sich die BVB/Free Wähler-Landtagsfraktion mit einer komplexen parlamentarischen Anfrage an die Landesregierung gewandt.

Zugleich befördern die Kreiswerke über eine andere Tochtergesellschaft die weitere Errichtung von Windrädern. Obwohl immer mehr Orte des Landkreises Barnim den fortschreitenden Zubau verhindern wollen, bedienen die Kreiswerke – die eigentlich im öffentlichen Interesse tätig sein sollten – Privatinteressen einzelner Investoren. Die Verpachtung von Grundstücken zur Errichtung eines Windrades bringt dem Grundbesitzer 30.000 bis 40.000 Euro Pacht im Jahr, die dann gemäß Erneuerbare-Energien-Gesetz auf den Strompreis und somit alle Verbraucher umgelegt wird.

Hinzukommt, daß aufgrund der in Brandenburg bestehenden Überkapazitäten die neu errichteten Windräder statistisch überhaupt keinen Beitrag zur Stromversorgung leisten. Es wird vor allem bei kräftigem Wind Strom produziert – also zu Zeiten, in denen im ganzen Nordosten Deutschlands ohnehin schon eine Überversorgung mit Windstrom besteht. Die Zusatzmengen sind nicht speicherbar, und so wird der Betrieb der Windräder abgeregelt. Der Strom, der in dieser Zeit theoretisch hätte produziert werden können, wird gemäß Erneuerbare-Energien-Gesetz so vergütet, als wäre wirklich Strom geflossen (Phantomstrom).

Für dieses energetische Nichts sind allein im Jahr 2019 rund 1 Milliarde Euro an die Investoren der Windräder geflossen. Bezahlt wird auch dies durch eine Umlage auf den Strompreis. Die Folge ist, daß Brandenburg den höchsten Strompreis Europas aufweist.

Hinzu kommen die massiven Umweltschäden, die Tötung geschützter Greifvögel und die Beeinträchtigung der Landschaft. Daß die Barnimer Kreiswerke als dem Allgemeinwohl verpflichtete Einrichtung hieran mitwirken, ist ein bedenklicher Vorgang und mit Sicherheit den wenigsten Bürgern bekannt. Ein angebliches Null-Emissions-Ergebnis wird damit in keiner Weise erreicht. Es handelt sich lediglich um ein Schlagwort, um die Arbeit der Kreiswerke in ein schöneres Licht zu rücken. Tatsächlich ist der Anteil der Braunkohleverstromung im

Land Brandenburg in den letzten fünf Jahren kaum gesunken. Auch eine Antwort, wie mit der Boden- und Grundwasserbeeinträchtigung angesichts der 20 bis 30 Meter in den Boden ragenden Fundamente der Windkraftanlagen umgegangen wird, gibt es bis heute nicht.

Wenn die Kreiswerke wirklich bürgerschaftliches Engagement fördern wollten, sollten sie Bewohnern der ländlichen Räume Unterstützung beim Bau und Betrieb ökologischer Klär- und Wasseraufbereitungsanlagen geben. Hierdurch würde der kostspielige Zwangsanschluß vermieden, ressourcenschonend und umweltfreundlich gewirtschaftet und die Kriminalisierung von umweltbewußten Bürgern beendet werden.

Wir werden weiterhin in Kreis und Land auf die ökologischen und gebührenbezogenen Probleme der Kreiswerke aufmerksam machen. Ein unkritisches Abnicken der Entscheidungen zulasten der Gebührenzahler wird es mit uns nicht geben. Das Demokratieprinzip gebietet eine transparentere und nachvollziehbare Kontrolle der Tätigkeiten und Verflechtungen auch gegenüber den Bürgern.

THOMAS STRESE, PÉTER VIDA
und SVEN WELLER

Corona-Soforthilfe in Brandenburg:

Bürokratisiert

Die Corona-Krise hat zigtausende Klein- und Kleinstunternehmen sowie Soloselbstständige in Brandenburg finanziell schwer getroffen. Ihre Betriebe sind ganz oder teilweise geschlossen, vielen sind die Einnahmen komplett weggebrochen. Hilfe sollte das Soforthilfe-Programm der Landesregierung bringen, das seit dem 25. März über die ILB beantragt werden kann. **Doch am 1. April änderte die Landesregierung nachträglich die Richtlinien für die Förderung.** Aus der versprochenen schnellen, unbürokratischen Hilfe wurde so ein bürokratischer Hürdenlauf.

Grund ist, daß das Land die Kosten vom Bund übernehmen lassen will. Aus dem angekündigten Soforthilfeprogramm des Landes wurde lediglich die Umsetzung des Soforthilfeprogramms der Bundesregierung. Entgegen den vorher gemachten Versprechungen sollen nun nur noch bestimmte nachzuweisende Kosten übernommen werden. Unternehmer, die ohnehin schon in finanzielle Not geraten sind, werden plötzlich mit Rückzahlungsforderungen konfrontiert.

Zwei Milliarden Euro hat der Landtag für die Corona-Hilfen zur Verfügung gestellt. Die nun geschätzten Kosten von 300 Millionen Euro sind nur ein Bruchteil dieses Betrags. Dementsprechend wäre die Unterstützung im ursprünglich versprochenen Maße finanziell machbar und vom Standpunkt des Vertrauensschutzes und des Hilfedankens auch dringend geboten. Um dies zu klären, haben BVB/Free Wähler und Die Linke eine Sonder-sitzung des Wirtschaftsausschusses beantragt.

Dr. PHILIP ZESCHMANN

Ortsteile entwickeln

Seit der Wende vor 30 Jahren ist in sehr vielen Dörfern und Stadtteilen ein großer Teil der kommunalen Infrastruktur verloren gegangen. Viele Teile waren essentiell, wie etwa die lokalen Einkaufsmöglichkeiten, die Kinderbetreuung und die ärztliche Versorgung. Diese Form der Zentralisierung und die Privatisierung vieler Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge haben schweren Schaden für die Kommunen und insbesondere für die Eltern mit Kindern, die Jugendlichen, die keinen Raum mehr für die Verwirklichung ihrer Interessen haben, und für unsere älteren Mitbürger hervorgerufen.

Wir finden, es ist an der Zeit, die kommunale Infrastruktur wieder neu zu errichten. Aus diesem Grund ist es mein wichtigstes Ziel in der gegenwärtigen Wahlperiode, generell für eine Belebung der kleineren Orte und der Ortsteile zu sorgen. Mit der Clara-Zetkin-Siedlung, dem Stadtteil von Eberswalde, in dem ich seit nunmehr 40 Jahren lebe, möchte ich den Anfang machen, ohne die anderen Stadtteile zu vergessen. Ich hoffe, möglichst viele Fraktionen der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung (StVV) für die Unterstützung dieser Initiative zu gewinnen.

Die Stadtverwaltung soll beauftragt werden, ein Ortsteilentwicklungskonzept für die Clara-Zetkin-Siedlung zu erarbeiten oder ein entsprechendes Planungsbüro mit dieser Aufgabe zu betrauen. Die StVV hatte bereits im April 2019 auf Initiative der CDU-Fraktion beschlossen, daß die Stadt »die Möglichkeiten bzw. die vorhandenen Ressourcen zur Schaffung eines eigenen Ortszentrums in Form eines Bürgerhauses in der Clara-Zetkin-Siedlung« prüfen soll, »in dem ein Treffpunkt für die gesamte Bevölkerung des Ortsteiles, insbesondere für Jugendliche und aktive Seniorinnen und Senioren geschaffen werden kann.«

Bis heute hat die Stadtverwaltung noch keine Ergebnisse dieser Prüfung vorgelegt.

Im November fand auf Einladung der Fraktion DIE PARTEI – ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR eine Einwohnerversammlung in der Clara-Zetkin-Siedlung statt. Fast alle Teile der kommunalen Infrastruktur in unserem Ortsteil sind verlorengegangen. Als besonders schmerzlich wird der Verlust des Kindergartens und der Schule empfunden. Das Fehlen einer Kita bemängelten insbesondere die anwesenden Eltern. Aber auch für die älteren Bürger fehlt nach wie vor eine Räumlichkeit für geselliges Beisammensein und Austausch.

Wir würden den Bau eines Bürgerhauses sehr begrüßen, wir sind uns jedoch nicht sicher, ob dadurch die vorhandenen Probleme bereits zu lösen sind. Daher halten wir professionelle Hilfe für dringend erforderlich und schlagen vor, Fachleute damit zu beauftragen, eine Analyse der Situation vorzunehmen und Vorschläge zur Verbesserung der bestehenden Defizite in Form eines Ortsteilentwicklungskonzeptes zu erarbeiten. OSKAR DIETTERLE

Kinderschutz ernst nehmen

Scharfe Kritik an Barnimer Landrat wegen Beschlußbeanstandung

Eberswalde (bbp). Der Landrat Daniel Kurth (SPD) hat den am 11. März mehrheitlich gefaßten Beschluß des Kreistages Barnim »Kinderschutz sicherstellen, strukturelle Risiken minimieren« beanstandet.

Der von Bündnis 90/Die Grünen und BVB/Freie Wähler gemeinsam eingereichte und von CDU und FDP unterstützte Beschluß sieht konkrete Maßnahmen im Bereich des Jugendamtes vor. Mehrheitlich beschlossen wurde eine Fallzahlbegrenzung im Allgemeinen Sozialen Dienst auf 50 Fälle pro Fachkraft, das Einsetzen einer fallbezogenen Fachaufsicht sowie eine elektronische Aktenführung, um Fälle von Kindeswohlgefährdung möglichst früh zu erkennen (vgl. BBP 4/2020).

»Diese Forderungen stehen«, so Evelyn Freitag von BVB/Freie Wähler, »im Einklang mit den Empfehlungen von Trägern sozialer Dienste und sollen die bestehenden Mängel im Barnim beheben. Insbesondere der Schutz ganz junger Kinder soll so verbessert werden.« Die beschlossenen Maßnahmen gehen unter anderem darauf zurück, daß der Jugendhilfeausschuß fachliche Versäumnisse und strukturelle Risiken im Jugendamt festgestellt hatte. Sie sollen künftig mehr Sicherheit in der Bearbeitung von Kindeswohlgefährdungen erreichen. Anderthalb Monate nach der Beschlußfassung ging der Landrat nun gegen den Beschluß vor. Er argumentiert, die beschlossenen Vorgaben seien ein unzulässiges Eingreifen in sein Verwaltungshandeln und damit »insgesamt rechtswidrig«.

»Eine Sichtweise, die weder inhaltlich noch rechtlich verfährt«, stellt Freitags Fraktionskollege Thomas Strese fest. »Die derzeitige Aufgabenverteilung und Regelung der Abläufe hat ja gerade zu den bekannten gravierenden Problemen geführt, weswegen sich die Kreistagsmehrheit veranlaßt sah, Verbesserungen einzufordern.«

Die Grünenfraktionsvorsitzende Heike Wähler hält die Beanstandung für formal möglich, »ein solches Vorgehen allerdings für rücksichtslos gegenüber den Kindern, die Hilfe benötigen, und gegenüber den überlasteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.«

Bis zur Kreistagsitzung am 11. März konnte der Landrat keine strukturellen oder personellen Maßnahmen als Konsequenz aus dem fast drei Monate zurückliegenden Fall einer Kindeswohlgefährdung in Eberswalde, der dem Beschlußvorschlag zugrundelag, benennen. Er informierte die Mitglieder des Kreistages lediglich darüber, daß er den Sachverhalt weiterhin prüfe. In seiner Beanstandung betont der Landrat ausdrücklich, daß diese aufschiebende Wirkung habe. Er muß nun also den Beschluß erst einmal nicht umsetzen.

»Angesichts dessen, daß der Kreistag (wenn überhaupt) erst wieder im Juni tagt«, kritisiert Strese, »wird so die Umsetzung dringend notwendiger Maßnahmen im Jugendamt in gefährlicher Weise verzögert.«

Auch die Bündnisgrünen schauen »mit Sorge auf möglicherweise drohende weitere Fälle von Kindeswohlgefährdung«. Heike Wähler ist »fassungslos darüber, daß wir ein halbes Jahr nach dem Bekanntwerden des Eberswalder Falls noch immer über einen besseren Schutz für Kinder streiten müssen und das, weil der Landrat ein vernünftiges und mehrheitlich beschlossenes Maßnahmenpaket als einen unberechtigten Eingriff in die Geschäfte der laufenden Verwaltung beanstandet.«

Die Fraktion BVB/Freie Wähler, so Strese, werde kommunalrechtlich gegen die Beanstandung Position beziehen und fordert den Landrat auf, die Beanstandung zurückzunehmen und den mehrheitlich gefaßten Beschluß umzusetzen. Zum nächsten Kreistag wollen beide Fraktionen den Antrag erneut einreichen.

Schlamperei in Finow:

Schilder contra Straßenschäden

Jeder von uns muß bei seiner Arbeit hundert Prozent geben. Ordnungsgemäße Arbeit scheint leider bei dem Bauunternehmen, das die Altenhofer Straße zwischen Mühlen- und Erich-Steinfurth-Straße aufgegraben und unsachgemäß wieder verschlossen hat, nicht unbedingt zu den Stärken zu gehören. So etwas soll vorkommen.

Wieso die Eberswalder Baudezernentin als Verantwortliche für die Eberswalder Straßen diese Schlußerei so lange duldet, bleibt allerdings völlig unverständlich. Fakt ist, seit etwa einem halben Jahr muß die Geschwindigkeit in dem Bereich wegen dreier Querrinnen auf 10 km/h begrenzt werden, um Fahrzeugschäden vorzubeugen.

Immerhin hat die zuständige Verkehrsbehörde, die der Frau Dezernentin untersteht, die



Aufstellung der entsprechenden Verkehrsschilder veranlaßt. Wichtiger wäre, daß die für den Verkehr gefährlichen Querrinnen endlich instandgesetzt werden.

GUIDO PENZ

Neues Ärztezentrum in Finow

Nachdem wir in den letzten Monaten intensive Gespräche mit der Verwaltung unserer Stadt geführt hatten, können wir nun erfreulicherweise mitteilen, daß im Zentrum von Finow ein neues Ärztezentrum entstehen wird. Ein Facharzt aus unserem Landkreis wird sich nun hier niederlassen und ein Objekt errichten, an dem dann später noch weitere Ärzte praktizieren können.

Hilfesuchend hatte der Mediziner Kontakt zu unserer Fraktion aufgenommen, um eine Lösung für die Standortsuche in Finow zu finden. Im Konsens mit der Stadtverwaltung konnte dann ein Grundstück angeboten werden, welches sich ideal für die Pläne eignet.

Wir sind sehr froh und erhoffen uns, daß es jetzt zukünftig vielleicht nicht mehr so lange Warteschlangen beim Arztbesuch geben wird

und eine Terminvergabe auch etwas zeitnäher einhergeht.

In der Sitzung des Hauptausschusses am 7. April wurde über den Verkauf von Baugrundstücken zur Errichtung von weiteren Eigenheimen in Eberswalde entschieden. Unsere Fraktion begrüßt es sehr, daß die Stadtverwaltung auf den steigenden Bedarf an neuen Wohnfeldern reagiert und wird sich auch für die Stärkung der dafür nötigen Infrastruktur einsetzen.

Wir wünschen Ihnen allen Gesundheit und sollten auch Sie in dieser schwierigen Zeit weitere Hinweise, Probleme oder Anregungen haben, so erreichen Sie uns gern täglich telefonisch oder auch per Email.

*VIKTOR JEDE, Vorsitzender der Fraktion
»Bündnis Eberswalde« in der StVV Eberswalde*

Kommunalpolitik trotz Corona

Eberswalde (bbp). Vor dem 1. September wird es in Eberswalde keine Großveranstaltungen geben, wobei Teilnehmerzahlen von 100 bis 200 für Eberswalder Verhältnisse als große Veranstaltungen gelten. Darüber informierte Bürgermeister Friedhelm Boginski am 20. April die Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Martin Hoeck und des Hauptausschusses Götz Herrmann sowie die städtischen Fraktionsvorsitzenden und den fraktionslosen Stadtverordneten Zinn.

Den vom Land vorgeschriebenen Lockerungen der Corona-Restriktionen werde man sich fügen. Das bedeutet, daß Tierpark, Familiengarten und Bibliothek für eine begrenzte Besucherzahl öffnen. Eigene Initiativen für eine Öffnung seitens der Stadtverwaltung werde es hingegen nicht geben. Die Stadtverordneten werden aber wieder tagen. Ursprünglich war am 29. April lediglich eine Sitzung des Hauptausschusses vorgesehen.

Strittige Diskussionen gab es, inwieweit Einschränkungen der demokratischen Abläufe akzeptabel seien. Götz Trieflof (FDP) und Carsten Zinn (fraktionslos) sprachen sich für einen weitgehend uneingeschränkten Betrieb der kommunalpolitischen Gremien aus. Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Martin Hoeck (FDP) hingegen warb für eine verkleinerte Stadtverordnetenversammlung mit Beibehaltung des Proporz nach Bundestagsvorbild. Hoeck konnte sich aber auch mit dem Vorschlag des Hauptausschussvorsitzenden Götz Herrmann (SPD/BfE) anfreunden, der vorschlug, den Hauptausschuß für die Zeit der Krise zum einzigen beschließenden Organ zu erheben. Die beiden Landtagsabgeordneten Hardy Lux (SPD) und Sebastian Walter (Die Linke) unterstützten das Ansinnen, daß die Stadtverordnetenversammlung quasi per »Ermächtigungsgesetz« ihre Befugnisse an den Hauptausschuß abtritt.

Eine weitere Gruppe, darunter Mirko Wolfgramm (Die PARTEI Alternative für Natur und Umwelt) und Johannes Creutziger (Bündnis 90/Die Grünen) sprach sich dafür aus, vorerst die Sitzungen von Hauptausschuß und Stadtverordnetenversammlung entsprechend des Sitzungsplans durchzuführen und für die Fachausschüsse möglichst zeitnah digitale Lösungen für eine möglichst breite, demokratische Partizipation zu schaffen.

Wichtig für eine funktionierende Demokratie auch unter Krisenbedingungen, so Mirko Wolfgramm, seien vor allem weitestgehende Transparenz und Öffentlichkeit, wofür heute zweifellos die entsprechenden technischen Mittel zur Verfügung stehen. Man muß das nur auch wollen. Mit den fehlenden Sitzungen einher geht momentan ein nicht funktionierender Informationsfluß zwischen Verwaltung und Stadtverordneten, kritisiert die bündnisgrüne Fraktionsvorsitzende Karen Oehler: »Es scheint, als würde die Verwaltung arbeiten, ohne die Politik einzubinden«. Sie fordert von der Verwaltung, zügig Schritte hin zu einer regulären politischen Arbeit einzuleiten.

Das am 15. April vom Landtag beschlossene Brandenburgische kommunale Notlagegesetz macht es künftig möglich, Beschlüsse im Umlaufverfahren zu fassen, Sitzungen nicht als Präsenzsitzungen durchzuführen und die Öffentlichkeitsbeteiligung durch Video-Streaming zu gewährleisten. Darauf wiesen sowohl die Bündnisgrünen als auch Hardy Lux (SPD/BfE) hin. Lux, zugleich Landtagsabgeordneter, betonte, daß die Ausnahmeregelungen »klar begrenzt und zeitlich befristet« seien. »Die Grundsätze der Öffentlichkeit und Transparenz bleiben ebenso gewahrt wie die Rechte der Minderheiten in den Vertretungen. Die Entscheidungen auf kommunaler Ebene sind das Rückgrat unseres Gemeinwesens und des gesellschaftlichen Zusammenhalts«

Kleingärten zu Bauflächen

Eberswalde (bbp). In der Stadt Eberswalde gebe es nach wie vor einen großen Bedarf an neu zu bauenden Einfamilienhäusern, verlaute es regelmäßig aus dem Rathaus. Tatsächlich bringen steigende Mieten und niedrige Zinsen viele Menschen auf den Gedanken, sich mit einem eigenen Häuschen für immer vor steigenden Wohnkosten schützen zu können. Manche streben auch zum Einfamilienhaus, weil das in bestimmten Bevölkerungsgruppen zum sozialen Status gehört. Und nicht zuletzt wird so ein Haus auch seit Jahrzehnten als konkurrenzlose Altersvorsorge beworben.

Je Einfamilienhaus werden mindestens 500 bis 600 Quadratmeter Bauland verbraucht. Daher wird es seitens des städtischen Baudezernates als eine wichtige Aufgabe angesehen, neues Bauland für Einfamilienhäuser zu erschließen. Über die Arbeitsgruppe (AG) Flächennutzungsplan/Wohnen werden in diese Suche auch die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung einbezogen. Bereits im vorigen Jahr hatte das Baudezernat dieser AG eine Liste mit potentiellen Bauflächen für insgesamt etwa 450 Einfamilienhausgrundstücke vorgelegt. Fünf Standorte mit etwa 150 Einzelgrundstücken sind bereits in Umsetzung oder in Vorbereitung. Hierzu gehören der 2. und 3. Bauabschnitt der sogenannten »Ostender Höhen«, die »Barnimhöhe«, zwei Bereiche in der Clara-Zetkin-Siedlung und der Standort Christel-Brauns-Weg.

Zu den weiteren Standorten, die für spätere Entwicklungen vorgesehen sind, gehören vier Kleingartenanlagen (KGA). In einem bereits fortgeschrittenem Stadium befindet sich die KGA »Waldfrieden« in Nordend. Dort sollen durch »Aufgabe von KGA-Teilflächen« und straßenbegleitender Parzellierung fünf Einfamilienhausgrundstücke bereitgestellt werden.

Voruntersuchungen sollten gemäß der Liste von 2019 für die beiden KGA »Am Patschenberg« und »Drachenkopf« erfolgen. Hier sieht der Plan zunächst eine Machbarkeitsstudie vor, sodann sollen die KGAs aufgegeben und der Flächennutzungsplan geändert werden, bevor es zur konkreten Bauplanung kommt. Am »Drachenkopf« müßten zudem Flächen, die derzeit in Privatbesitz sind, angekauft werden. Etwa 100 Kleingärtner würden an diesen beiden Standorten ihr Domizil verlieren. Der Standort am »Drachenkopf« umfaßt daneben auch zwei Flurstücke mit einem etwa 0,6 Hektar großen Kleinwald.

Zu den für eine spätere Entwicklung vorgezeichneten Standorten gehört die KGA »Alte Stadtgärtnerei« in Finow. Hier soll Platz für etwa 15 Einfamilienhäuser geschaffen werden und es sind etwa 20 Kleingärtner betroffen. Auch hier wächst auf 0,2 Hektar ein kleines Wäldchen. Die Kleingärten in der Dannenbergstraße (vgl. BBP 2-3/2020), die ebenfalls perspektivisch in Baugrundstücke umgewandelt werden sollen, waren in der Tabelle von 2019 noch nicht enthalten.

Ziellos? (Teil 2)

Wie kann ich etwas in meinem Leben *verändern*? Um Dinge im Leben wirklich verändern zu können, bedarf es einer gewissen Übung. Denn eins ist gewiß: Allein das Lesen von Büchern oder Anleitungen hilft Ihnen nicht, sich zu ändern, sonst hätten Sie sicherlich keine Probleme, Ihre Ziele umzusetzen. Somit bleibt Ihnen nur übrig, das, was Sie gelesen haben, auch praktisch zu erproben. Etwas nur zu wissen, das ist eindeutig zu wenig, nur *angewandtes Wissen* ist Macht!

Kennen Sie folgende Situation? Nachdem Sie sich lange genug über etwas geärgert haben, entschließen Sie sich nun, sich mit dieser Situation nicht länger abzufinden. Plötzlich taucht eine bisher unbekannte *Entschlossenheit* auf, dieses Problem anzugehen. Auf einmal kommen Ihnen *Ideen*, wie Sie das Problem lösen können. Ein erster Schritt ist nun getan. Mit jedem einzelnen Schritt, mit jeder einzelnen Idee steigt eine Gewißheit in Ihnen auf, daß Sie es schaffen können. Wenn dann auch noch *Hartnäckigkeit* und *Beharrlichkeit* dazu kommen, erhöht das die Chance, das Ziel zu erreichen. Manchmal fällt es sogar den Mitmenschen auf, daß sich etwas bei Ihnen geändert hat und manchmal erhalten Sie sogar Unterstützung von der Familie oder Freunden oder Nachbarn. Immer näher kommt nun das Ziel.

Leider gibt es auch genügend Menschen, die immer wieder an Ihren Zielen scheitern. Dies kann z.B. daran liegen, daß diese Personen Strategien verfolgen, die *nicht zielführend* sind. Diese ungeeigneten Strategien werden allerdings meist *nicht absichtlich* angewandt. Oftmals wird unbewußt mit solch ungeeigneten Strategien gearbeitet.

Der Mensch ist aber ein flexibles Wesen, das heißt, wenn er erst einmal erkannt hat, daß er ungeeignete Strategien verwendet, dann ist er in der Lage, sein Denken, sein Handeln und seine Verhaltensweisen solange anzupassen, bis er das gewünschte Resultat erreicht.

Wer es einmal geschafft hat, Widerstände zu überwinden, der hat schon viel für weitere Ziele gelernt. Denn eins ist sicher: Die Ziele werden uns in unserem Leben nicht ausgehen. Das Leben ist dynamisch und es gibt immer wieder neue Herausforderungen. Viele Ziele werden bewältigt, weil die Arbeiten einfach getan werden müssen. Wer außer Ihnen sollte sich um die Wäsche kümmern oder Einkaufen gehen?

Wie aber ist es mit Zielen, die außerhalb des Alltäglichen liegen? Ziele, die eventuell sogar in weiter Ferne liegen? Haben Sie bei Ihrem ersten Arbeitsvertrag gleich daran gedacht, was sein wird, wenn Sie dereinst in Rente gehen?

Wenn Sie Hilfe bei der Zielfindung benötigen oder bei der Umsetzung von Zielen, können Sie sich an einen Fachmann wenden, z.B. einen Berater oder Coach.

FALK HINNEBERG

(eMail: willkommen@hinneberg.info)

Internet: www.hinneberg.info)

Erster Fairteiler-Kühlschrank

Eberswalde (bbp). Seit März gibt es in Eberswalde einen »Fairteiler-Kühlschrank«. Initiiert hat das Projekt die studentische Initiative an der Eberswalder Fachhochschule »Foodsharing Eberswalde«, die der gleichnamigen bundesweit aktiven Organisation angehört. »Foodsharing« (Lebensmittel teilen) ist ehrenamtlich und geldfrei.

Der Kühlschrank wurde im Mensagebäude auf dem Stadtcampus aufgestellt. Er soll Bürgerinnen und Bürgern der Stadt dazu dienen, nicht mehr benötigte Lebensmittel zu teilen, statt sie wegzuerwerfen. Parallel dazu sind aktive Gruppenmitglieder als sogenannte »Food saver« (Lebensmittelretter) aktiv, indem sie Lebensmittel von lokalen Lebensmittelgeschäften ab-

holen, um den Kühlschrank zu bestücken. Nutzen kann den »Fairteiler-Kühlschrank« jeder. Wie die Initiative auf ihrer FH-Internetseite (www.hnee.de/K6829) schreibt, verfolgt sie in erster Linie einen Nachhaltigkeitsanspruch. »Wir legen damit den Fokus nicht darauf, wer die Lebensmittel bzw. Waren konsumiert, sondern daß diese nicht im Müll landen. Alle Menschen sind willkommen!«

Foodsharing ist eine Initiative, die sich gegen Lebensmittelverschwendung engagiert. Wir »retten« Lebensmittel, von kleinen und großen Betrieben in Eberswalde und Umgebung, die ansonsten in der Tonne landen. Sind die Mengen einmal so groß, daß man sie nicht selbst verzehren kann, werden sie verteilt.

Welt-Parkinson-Tag:

Früherkennung erhält Lebensqualität

Seit dreizehn Jahren findet am 11. April der Welt-Parkinson-Tag statt. Die Aktion soll in der Bevölkerung ein stärkeres Bewußtsein schaffen, denn diese Erkrankung wird häufig immer noch unterschätzt oder zu spät erkannt. Auch die Allohheim Seniorenresidenz »Haus am Werbellinsee« hat sich an der Aktion beteiligt.

Parkinson ist nach Alzheimer die zweithäufigste neurodegenerative Krankheit. Die ersten Auswirkungen treten meist ab einem Alter von 60 Jahren auf, wobei sich die Krankheit aber vermutlich schon im Vorfeld jahrelang entwickelt hat. Die Parkinson-Krankheit ist ein langsam fortschreitender Verlust von Nervenzellen im Mittelhirn. Der Mangel an dem Botenstoff Dopamin führt – vereinfacht ausgedrückt – zu einer Verminderung entsprechender, aktivierender Signale im Gehirn und in der Folge zu Bewegungsstörungen.

Erstmals beschrieben wurden die damit verbundenen Symptome 1817 durch den Arzt James Parkinson. An seinem Geburtstag, dem 11. April, wird seit 1997 jährlich der Welt-Parkin-

son-Tag begangen. Ziel des weltweiten Aktionstages ist es, das Bewußtsein der Menschen für die Krankheit und ihre Auswirkungen zu stärken und sie vor allem für das Erkennen damit verbundener Symptome zu sensibilisieren.

»Meist sind es die Angehörigen, die erste Veränderungen im Verhalten der Betroffenen bemerken«, weiß Einrichtungsleiter Samuel Wiedebusch vom Allohheim in Altenhof. »Unruhiger Schlaf, leichtes Zittern oder kleinere Bewegungsstörungen, wie verhärtete Muskeln, können erste Anzeichen für eine beginnende Parkinsonerkrankung sein. Auch wenn es derzeit noch keine Medikamente zur Vorbeugung oder Heilung der Krankheit gibt, können Betroffene dennoch bei rechtzeitiger Behandlung teilweise jahrzehntelang ein fast normales Leben führen«, so Wiedebusch.

»Neben einer gezielten Behandlung der Symptome gibt es auch weitere Möglichkeiten und Hilfsmittel, um den Erkrankten den Alltag zu erleichtern. Voraussetzung dafür ist aber immer die Früherkennung.«

ANNEKA BRANDENFELS

B-Plan »Schwärzeblick« mit Auflagen

Zur Stadtverordnetenversammlung am 29. April liegen die Unterlagen zum Bebauungsplan Nr. 123 »Schwärzeblick« sowie der diesbezügliche städtebauliche Vertrag zur Abstimmung vor. Der B-Plan umfaßt das ehemalige NVA-Gelände an der Rudolf-Breitscheid-Straße. Die Frage, ob von dort tatsächlich ein Blick bis zur Schwärze möglich ist, war nicht Gegenstand der Planung.

Geplant ist ein autofreies Quartier. Daher soll es ein Parkhaus geben, eventuell als Tiefgarage mit der Option, darauf eine Kita zu bauen.

Aus der Bearbeitung der Einwendungen resultierten einige Änderungen. So kann die ansässige Zauneidechse aufgrund von Förderrichtlinien nicht mehr ins Konversionsgebiet Märkische Heide umgesiedelt werden, sondern

bekommt einen neuen Platz am Wasserturm vermittelt. Das Landesamt für Umwelt verwies auf die Immissionsbelastung durch das angrenzende Sportstadion durch Lärm, sowie durch den Verkehr auf der Rudolf-Breitscheid-Straße. Hier könnten bauliche Maßnahmen an den zu errichtenden Mehrgeschossern vorgenommen werden, so die Auflage an den Investor. Dabei kam heraus, daß man nicht wisse, ob es einen Bestandsschutz für das Fritz-Lesch-Stadion gebe, da eine Baugenehmigung nicht auffindbar war. Das wäre interessant besonders bezüglich der Lautsprecheranlage. Desweiteren müssen Fledermausbruthilfen installiert werden und eine detaillierte Dokumentation des kleinen Pioniergehölzwaldes erstellt werden, der der Bebauung zum Opfer fällt. (jg)

Antwort auf Anfrage »Kleine Wälder in der Stadt Eberswalde«: »Es besteht keine Zuständigkeit«



FOTO: SPIKE KOHN

Eberswalde (bbp). Im Februar wurde im Stadtteil Westend im Bereich zwischen Brunoldstraße und der Trasse der ehemaligen Eberswalde-Finowfurter Eisenbahn auf einer ehemals stadteigenen Fläche von etwa 1.000 Quadratmetern der Baumbestand vollständig gefällt (auf dem Foto die zum Abtransport gestapelten Buchenstämme).

Das vor etwa fünf Jahren privatisierte Grundstück ist Teil eines ursprünglich rund 0,3 Hektar großen Gehölzes, das in großen Teilen aus mindestens 100- bis 150jährigen gesunden Rotbuchen bestand. Die Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung nahm dies zum Anlaß für einige Nachfragen bei der Stadtverwaltung (vgl. BBP 2-3 und 4/2020).

Zu den Intentionen, die die Stadtverwaltung mit der Privatisierung verfolgte, sagte die Baudezernentin Anne Fellner: Im Zuge der Vorbereitung zur Ausschreibung des Baugrundstücks in der Boldtstraße 31 »wurde die Gesamtsituation des städtischen Grundstücks gewürdigt. Im Rahmen dieser Würdigung erfolgte auch die Beteiligung des Stadtförsters unter Einbezug des Hoheitsförsters. Der Stadtförster stimmte dem Verkauf der Fläche aufgrund der kaum möglichen Bewirtschaftung der Fläche und der gegebenen Ver-

kehrssicherungspflicht sowie dem fehlenden Verbund zu einer größeren Waldfläche zu.«

Zur Frage, ob diese Fläche im Waldkataster der Forstbehörde eingetragen ist, verwies die Baudezernentin auf die Zuständigkeit des Landesbetriebes Forst Brandenburg als untere Forstbehörde. »Örtlich zuständige Behörde ist somit die Oberförsterei Eberswalde.« Die Frage selbst blieb unbeantwortet.

Die Stadtverwaltung konnte die Privatisierung umsetzen, ohne die politischen Gremien zu fragen, weil, so Anne Fellner, der § 28 der Brandenburgischen Kommunalverfassung »vorliegend keine Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung« begründe.

Auch die Frage nach weiteren »Kleinen Wäldern« ab 0,2 Hektar Größe innerhalb der Stadt Eberswalde und deren Eigentumsverhältnissen ließ die Dezernentin unbeantwortet. »Die Feststellung der Waldeigenschaft« obliege »der unteren Forstbehörde«. Seitens der Stadt bestehe »keine Zuständigkeit für die Erstellung eines Verzeichnisses über die verschiedenen Waldbesitzer«.

Auf die Frage, ob es Konzepte gebe, wie angesichts des allgegenwärtigen Klimawandels künftig mit den »Kleinen Wäldern« innerhalb der Stadt Eberswalde umgegangen werden soll, wußte Dezernentin Anna Fellner als Antwort: »Wald unterliegt dem gesetzlichen Schutz«.

»Regional ist erste Wahl«

Der Gedanke ist nicht neu, erweist sich aber gerade jetzt in den Zeiten der Ausbreitung des Coronavirus als topaktuell: Durch die Versorgung mit Gütern, insbesondere Lebensmitteln, aus der Region, ist man bei weltweiten Krisen gut gewappnet.

Die aktuelle Unterbrechung von globalen Lieferketten macht deutlich, daß es nicht nur aus Umweltgründen wenig sinnvoll ist, im Frühling Weintrauben aus Chile oder Kartoffeln aus Ägypten einzukaufen. Sie sind zwar relativ billig, aber oft auf Kosten von Ausbeutung bei den Erzeugern und durch Subventionierung der Transportkosten. In Krisen stehen sie dann gegebenenfalls nicht zur Verfügung.

Im Landkreis Barnim erlebt derzeit u.a. der Landwirtschaftsbetrieb Ökodorf Brodowin einen wahren Boom bei der Nachfrage nach regional und biologisch erzeugten Lebensmitteln.

In einer Studie des Pestel-Instituts von 2010 zur Krisenfestigkeit von Regionen belegte der Landkreis Barnim einen vorderen Platz. Dabei flossen Kriterien wie die Selbstversorgung mit landwirtschaftlichen Produkten und die regionale Verfügbarkeit von erneuerbaren Energien ein. Diese wiegen letztlich mehr als internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Ich meine, daß es nach dieser globalen Krise kein einfaches »Weiterso« geben kann.

Dr. MICHAEL LUTHARDT

Umwelt-AG für den Kiez

Eberswalde (bbp). »Das Brandenburgische Viertel liegt idyllisch direkt am Waldrand«, schrieb Marcel Klemm in einem Förderantrag der Stiftung WaldWelten an den Sprecherrat Soziale Stadt. »Durch Rückbau und Umweltengagement blüht es im Viertel selbst mittlerweile auf vielen Flächen wunderschön bunt.« Es fehle jedoch ein außerschulisches Angebot, das die Kinder und Jugendlichen des Viertels »raus holt in diese umgebene Natur und ihnen diese nahebringt. Genau das möchte ich mit einer Umwelt-AG für das Brandenburgische Viertel erreichen.«

Der Sprecherrat hat das Projekt »AG Umwelt für das Brandenburgische Viertel« im März befürwortet und knapp 7.000 Euro zur Finanzierung des Projekts bereitgestellt.

Die Stiftung WaldWelten und die Fachhochschule für nachhaltige Entwicklung kooperieren bereits in ihrem aktuellen Projekt »Vielfalt findet Stadt – Gemeinsam Natur wagen« mit der Kita ARCHE NOAH und der Grundschule SCHWÄRZESEE. Im Ergebnis entstand vor der Grundschule ein neues Staudenbeet, das unter der regen Beteiligung der Kinder gestaltet wurde. »Die Umsetzung der Umwelt-AG liegt uns deshalb so am Herzen, weil wir in unserer Projektarbeit erfahren, welche Auswirkung Draußenaktivitäten auf die persönliche Entwicklung der Kinder haben«, sagt Marcel Klemm, der selbst zertifizierter Wildnispädagoge ist. »Die Teilnehmenden zeigen großes Interesse an der Natur. Sie lieben die Möglichkeit, selbst zu erkunden und Eigenes zu erschaffen. Das erfüllt sie einerseits mit Stolz und Verantwortung und schult sie andererseits in der Achtung der Arbeit anderer.« Dementsprechend will er im Rahmen der Umwelt-AG die Umgebung rund um das Brandenburgische Viertel erkunden und die Naturverbundenheit durch Wildnis-Aktivitäten wie dem Bau von Buden, Feuer ohne Streichhölzer, Wildpflanzen kennenlernen und zubereiten etc. stärken. Spüren und das Kennenlernen und Entdecken von Wildtierarten gehören ebenso dazu wie das angeleitete und freie Spielen. Es sollen Nisthilfen für Vögel und Insekten gebaut und das Staudenbeet gepflegt werden.

In den kommenden Monaten soll die AG für alle Kinder und Jugendlichen zwischen 11 und 14 Jahren im Brandenburgischen Viertel geöffnet werden. Als Treffpunkt bieten sich die Räumlichkeiten des Quartiersmanagements Brandenburgisches Viertel an. Infolge der Einschränkungen durch Corona verzögert sich der Start des Projektes, das während der Schulzeit bis Dezember jeweils am Montag von 13 bis 16 Uhr durchgeführt werden soll.

»Wir freuen uns über die Möglichkeit, eine Umwelt-AG im Brandenburgischen Viertel zu verwirklichen«, so Marcel Klemm. »Wir sind der festen Überzeugung, daß dieses Projekt einen echten Mehrwert für die nachschulische Freizeitgestaltung der Kinder des Brandenburgischen Viertels bietet. In meiner Umwelt-AG machen sie naturnahe Erfahrungen, die sie hoffentlich ein Leben lang begleiten werden.«

»Durch die von Seiten der militärischen Befehlsstellen angeordnete Besetzung des Märkischen Elektrizitäts-Werkes in Heegermühle ... wurde am 14. März 1920 Unruhe in das Finow-Gebiet getragen«, schreibt der Landrat, der damals seinen Sitz in Freienwalde hatte. »Den diesseitigen Vorstellungen gelang zwar nicht die gänzliche Abhaltung des Militärs, jedoch wurde wenigstens von einem Einmarsch nach Heegermühle selbst Abstand genommen, die Truppe vielmehr in Lichterfelde« untergebracht, wo sie »am Montag Abend von einer bewaffneten Bande aus Eberswalde und Heegermühle überfallen wurde«. Am Morgen des 17. März (Mittwoch) rückte diese Truppe ab. »Im Finow-Gebiet, soweit es zum Kreise gehört, war von diesem Augenblick an Ruhe. Jedoch befand sich die Arbeiterschaft dieses Gebietes in starker Abhängigkeit vom Roten Aktionsausschuß in Eberswalde, der das gesamte Finow-Gebiet als Räterepublik betrachtete.« Der Landrat bewertet »die Ordnung und Disziplin unter den Massen im Finow-Gebiet« als »sehr gut«.

Die »bewaffneten Arbeiter Formationen« vermehrten ihren Bestand an Waffen »durch Entwaffnung des umliegenden Landes«. Der Landrat fühlte sich »eingekleidet ... zwischen der Räte-Republik des Finowtals und des Nordostens Berlins«. Auch in Strausberg und Werneuchen hatten sich Aktionsausschüsse gebildet, »nachdem die Einwohnerwehren an diesen Orten ebenfalls gewaltsam entwaffnet waren«.

Von Eberswalde aus und dem zweiten »Herd« m Nordwesten Berlins »wurde die systematische Entwaffnung des platten Landes immer weiter vorgetragen«.¹

Der Landratsbericht weist damit indirekt darauf hin, daß es auf dem »platten Land« zuvor eine systematische Bewaffnung gegeben hatte. So hatten Gutsarbeiter aus Beerbaum (zwischen Heckelberg und Grüntal) gemeldet, daß sich dort Waffen, darunter ein Maschinengewehr befinden. Ein Trupp der Eberswalder Arbeiterwehr zog die Waffen ein und fuhr weiter nach Heckelberg, um dort mit dem zweiten Trupp aus Eberswalde zusammenzutreffen, der über Trampe kam. In Heckelberg informierten Landarbeiter aus dem benachbarten Brunow, daß sie vom dortigen Gutsherrn und dessen Gefolge bedroht wurden. Als die Eberswalder Arbeiter herannahen, »türmte der Gutsherr mit seinen Getreuen«. Die Landarbeiter erhielten von den Eberswaldern Waffen, um sich selbst zur Wehr setzen zu können.² /3/

Die einzelnen Aktionsausschüsse, so der Oberbarnimer Landrat, »hielten untereinander und mit der Zentrale in Berlin einen ständigen Kurier- und Stafetten-Verkehr« aufrecht.¹

Diese Kontakte bestanden auch zu den Aktionsausschüssen in Orten des heutigen Landkreises Barnim, die damals zum Kreis Nieder-Barnim gehörten. Dort trat am aktivsten der Klosterfelder Aktionsausschuß in Erscheinung. In den ersten Tagen unterstützten Abgesandte aus Klosterfelde die Organisation des Generalstreiks in Zerpenschleuse, Zehlendorf, Stolzenhagen, Wensickendorf, Liebenwalde und Fi-

1920: Abwehr des Kapp-Putsches im »Roten Finowtal«

Die »Räte-Republik des Finowtals«

Der Landrat des Kreises Oberbarnim, zu dem 1920 die Umgebung der damals kreisfreien Stadt Eberswalde einschließlich der heutigen Eberswalder Ortsteile Finow (Heegermühle, Messingwerk, Wolfswinkel, Eisenspalterei) und Brandenburgisches Viertel, Sommerfelde, Tornow und Spechthausen gehörte, berichtete am 3. April 1920 weisungsgemäß »über die politische Lage während der letzten politischen Wirren« an die übergeordnete preußische Landesbehörde.

nowfurt. Die »Rote Armee« in Klosterfelde, etwa 120 bis 150 Mann stark, bewaffnete sich zunächst mit »Teschings, Pistolen und anderen Schußwaffen, dazu Hieb- und Stichwaffen«, berichtete das Mitglied des Klosterfelder Führungsstabes Ernst Lischewski. »Dann wurden bei den Großbauern die Jagdgewehre und bei den Vorsitzenden der Schützen- und Kriegervereine die Büchsen gefunden und beschlagnahmt.« Schließlich erfuhren die Klosterfelder von geheimen Waffentransporten vom Gutshof Häuser in Zehlendorf nach Stolzenhagen, Wensickendorf und Schmachtenhagen. In Stolzenhagen wurden daraufhin beim ehemaligen Amtsvorsteher Fielitz ein leichtes Maschinengewehr, 25 Infanteriegewehre und mehrere hundert Schuß Munition beschlagnahmt.

Um auch das zentrale Waffenlager in Zehlendorf auszuheben, holten sich die Klosterfelder Hilfe aus Eberswalde. Lischewski berichtet: »Die Wache am Eingang von Eberswalde führte mich in die Zentrale zu einem Genossen Müller«. Hierbei handelte es sich wahrscheinlich um Franz Müller, der im März 1920 gemeinsam mit Philipp Zopf an der Spitze des Eberswalder Zentralrates stand. Ausgestattet mit einem LKW und dem militärisch erfahrenen Arbeiter Zahn fuhr Lischewski in der Nacht zurück nach Klosterfelde, wo sofort alle Mitglieder der »Roten Armee«, die über Waffen verfügten, mobilisiert wurden. Noch vor dem Morgen waren die Wachen des Gutshofs in Zehlendorf überumpelt. »Auf dem Speicher der Brennerei fanden wir drei Maschinengewehre, 700 Gewehre und ca. 7000 Schuß Munition unter Stroh versteckt«, so Lischewski. Die Klosterfelder »Rote Armee« war nun gut ausgerüstet. Die restlichen Waffen wurden an die Eberswalder übergeben, die diese gut für die Abwehr der in den Bereich Liepe vorgedrungenen »Baltikum-Truppen« verwenden konnten.

Auch die Biesenthaler Arbeiter erhielten Waffen aus dem Zehlendorfer Bestand. So waren sie gut gerüstet, um die Ortseingänge zu sperren. »Als der Fürst von Hohenlohe mit seinen Anhängern Biesenthal bewaffnet passieren wollte, um sich Kapp anzuschließen, wurde er verhaftet und solange eingesperrt, bis Kapp vertrieben war«, wird der Arbeiter Wartenberg im Oranienburger Tagesblatt vom 26. März 1920 zitiert.

In Bernau tagte der Aktionsausschuß in Permanenz im dortigen Gewerkschaftshaus. Tägliche Versammlungen gab es im »Elysium«. Kurierier hielten die Verbindung nach Berlin und nach Biesenthal. Der Aktionsausschuß beschlagnahmte die im Rathaus eingelagerten

Gewehre und Maschinengewehre der Einwohnerwehr und verteilte sie an die Arbeiter.

Ähnlich wie in Eberswalde holte auch der Bernauer Bürgermeister Dr. Gerike Militär in die Stadt. Teile der Marinebrigade Ehrhardt, die Speerspitze der Putschisten, tauchten in Bernau auf und versuchten die Mitglieder des Aktionsausschusses zu verhaften. Diese konnten sich rechtzeitig verbergen. Die Putschtruppen verwüsteten das Gewerkschaftshaus und durchsuchten die Wohnungen der Arbeiterfunktionäre. Auch in Biesenthal und anderen Orten kollaborierten die Bürgermeister mit den Putschisten.³ /2/

Nachdem sich die Reichwehreinheiten am späten Abend des 16. März den Eberswalder Hauptbahnhof und am 17. März auch das Gut Lichterfelde und das Heegermühler Elektrizitätswerk geräumt hatten, sorgten bewaffnete Arbeiter aus Eberswalde auch nördlich des Finowkanals für Ruhe und Ordnung. In Golzow bezahlte der dortige Amtsvorsteher Paul Doye seinen bewaffneten Widerstand mit dem Leben. Er hatte sich seiner Entwaffnung widersetzt, das Feuer eröffnet und einen Arbeiter schwer verwundet. Doye, dessen Bruder in der Kapp-Regierung einen Ministerposten bekleidete, hatte am Vortag mit einem Trupp Soldaten und Offizieren verhandelt, um den Widerstand gegen die Arbeiter aus Eberswalde zu organisieren. Der Trupp gehörte wahrscheinlich zu der Abteilung aus Angermünde, die in der Ragöser Mühle lagerte. Diese Truppe verhaftete in Sandkrug und Neue Hütte 7 Arbeiter und verschleppte sie nach Angermünde.⁴

Der Generalstreik, so der Oberbarnimer Landrat, wurde in allen industriellen Betrieben durchgeführt. Die Landarbeiter beteiligten sich nach Einschätzung des Landrats erst unter dem Einfluß aus den umliegenden Städte am Generalstreik. Als entscheidend für die Streiks auch auf dem Lande nennt der Landrat eine Landarbeiterversammlung in Tiefensee »in der Mitte der Woche vom 15. bis 21. März«. In dieser Versammlung sei auch »die gewaltsame Entwaffnung der Güter durch die Landarbeiter befohlen« worden.

Diese Waffen waren »den Gütern zur Bildung von Einwohnerwehren übergeben, aber zur Verhütung von Mißbrauch noch nicht ausgeteilt« worden. Der Landrat brüstete sich später, er habe »die Herausgabe der Waffen an ältere Arbeiter angeordnet«. Und zwar »in der Erwartung, daß der Schutz landwirtschaftlicher Erzeugnisse gegen plündernde Banden von der Landarbeiterschaft übernommen werde«.¹

Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte meist am 22. März, in einigen Betrieben erst am 26. oder 27. März. »Die Klärung der Lage in Berlin, besonders aber die Nachricht vom Eingreifen des Militärs hat dann, besonders auch in den kommunistisch beeinflussten Gegenden sehr bald bewirkt, daß die Führer ihre weit gesteckten Ziele vorläufig zurückstellten. Mittlerweile ist Militär in Strausberg, Werneuchen, Eberswalde eingerückt, um die Waffen einzusammeln. Zu Unruhen ist es bisher nicht gekommen.«¹

Die Angst der damaligen Obrigkeit vor der »Räterepublik« mag echt gewesen sein, hatte aber mit der Realität wenig zu tun. Max Schrodeck, der Vertreter des Metallarbeiterkartells im Finowtal, das sein Büro in der Schöpfurter Straße 35 hatte, erklärte in seiner Rede auf der großen Kundgebung am 15. März die »sozialistische Räterepublik« als »Endziel des bevorstehenden Kampfes« – auf diese Rede bezog sich auch der Oberbarnimer Landrat – aber dieses »Endziel« spielte kaum eine Rolle. Vielmehr wollte der Eberswalder Zentralrat mit der Stadtverwaltung zusammenarbeiten. Sogar als Oberbürgermeister Hopf sich verweigerte, konnte die Verwaltung ungehindert mit dem puttschenden Militär in Verbindung treten.

Der Eberswalder Zentralrat tat das, was die meisten Aktionsausschüsse und Vollzugsräte in anderen Gegenden Deutschlands taten und was schon die große Mehrheit der Arbeiterräte 1918/19 getan hatte: Sie »überwachten« die alte Verwaltung, die einfach weiterarbeitete.⁵

Die Angst vor der »Räterepublik«, die auch der Oberbarnimer Landrat zelebrierte, war einerseits Ausdruck irrationaler Angst, andererseits aber auch bewußt vorgeschoben, um gegen die Arbeiterschaft, die mit ihren Aktionen die Weimarer Demokratie gerettet hatte, militärisch vorzugehen.

GERD MARKMANN

Ganz ohne »Unruhen« ging der Einmarsch der Reichswehrtruppen in die Zentren des Widerstandes gegen den Kapp-Putsch aber dann auch im Finowtal nicht ab. Dazu mehr in der nächsten Ausgabe.

Quellen:

1 – Landrat des Kreises Ober-Barnim: Bericht über die politische Lage während der letzten politischen Wirren, Freienwalde 03.04.1920, nach der von Ludwig Arendt beglaubigten Abschrift vom 14.02.1960

2 – Albert Hannewahr: Bericht, undatiertes Manuskript (ca. 1954), Hannewahr bezieht sich dabei auf den Bericht eines Teilnehmers der Kämpfe aus dem Jahr 1947.

3 – Niederbarnimer Arbeiter im Kampf gegen Ausbeutung, Krieg und Faschismus. Beiträge zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung des Kreises Bernau, SED-Kreisleitung und Rat der Stadt Bernau, 2. Auflage 1973

4 – Ludwig Arendt: Stärker als Monopolisten und Generale, in: Heimatkalender für den Kreis Eberswalde 1960, Hrsg.: Rat des Kreises Eberswalde

5 – Leo Schwarz: Hakenkreuze an der Wand. Der weiße Terror (Kapp-Putsch Teil 3), in: Junge Welt 26.03.2020

Jubiläum digital

Vor 90 Jahren öffnete die Bundesschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) in Bernau seine Türen



Verborgen im Bernauer Stadtforst liegt das Bauhaus Denkmal Bundesschule Bernau. Nach vollendeter Sanierung und Rekonstruktion erstrahlt das Gebäude heute wieder in all seiner Schönheit: Die unterschiedlichen Gebäudeeinheiten passen sich gestaffelt dem abfallenden Gelände an und sind durch einen langen Glasgang miteinander verbunden. Große Fensterflächen und Oberlichter durchfluten die Räume mit Licht und verbinden die Natur mit dem Innenraum. Die herausragende Bedeutung der Bundesschule für die moderne Architektur wurde mit ihrer Ernennung zum UNESCO-Welterbe im Jahr 2017 anerkannt.

Zum 90-jährigen Eröffnungsjubiläum der ehemaligen Bundesschule des ADGB am 4. Mai, zum 70-jährigen Jubiläum der Grundsteinlegung der Erweiterungsbauten und anlässlich des 30-jährigen Gründungsjubiläums des Vereins baudenkmal bundesschule bernau sollte eigentlich ein großes Fest mit allen Beteiligten auf dem Campus (Oberstufenzentrum I Barnim, Handwerkskammer Berlin, barnim gymnasium, Stadt Bernau und baudenkmal bundesschule bernau e.V.) und allen Bauhaus-Liebhabern und Architektur-Enthusiasten gefeiert werden. Aber die Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus lassen derzeit ein Fest nicht zu.

Damit dieses besondere Ereignis aber nicht sang- und klanglos vorbeigeht, wird die Website www.bauhaus-denkmal-bundesschule.de neu aufgelegt. Und es ist noch mehr geplant: Das UNESCO-Welterbe bekommt ab dem 4. Mai 2020 einen Facebook-Auftritt und einen Instagram-Account, damit die Bundesschule zukünftig auch in den sozialen Medien präsent ist. Da derzeit alle Führungen ausfallen

und auch die Ausstellung »SCHULE IM WALDE« – 1928 BIS HEUTE geschlossen bleibt, können sich die Besucher über diese Kanäle mit Informationen, Neuigkeiten und Features versorgen.

Zukünftig wird die Website in klarer Struktur auftreten: Bundesschule – Besuchen – Beteiligte. Unter »Bundesschule« verbirgt sich die bewegte Bau- und Nutzungsgeschichte des Bauhausensembles; im Bereich »Besuchen« werden die Ausstellungsräumlichkeiten auf dem Campus und das zukünftige Besucherzentrum ihren Platz finden; unter »Beteiligte« präsentieren sich die unterschiedlichen Akteure auf dem Bundesschul-Campus. Über Facebook und Instagram wird es dann ab dem 4. Mai Einblicke in die Ausstellung, aktuelle Informationen zu Führungen und Veranstaltungen und vieles mehr geben.

Ein Besuch der neuen Website lohnt sich! Sobald es möglich ist, werden wieder reale Führungen durch das UNESCO-Welterbe stattfinden.

Dr. ANJA GUTTENBERGER

Stadtgeschichte online erkunden

Eberswalde (prest-ew). Die Ausstellungen im Museum Eberswalde können nun auch ganz bequem von Zuhause aus erkundet werden. Auf der Seite www.museum-eberswalde.de gibt es nun 360-Grad-Rundgänge durch die Ausstellungsräume. Interessierte können dabei viel über die Geschichte von Eberswalde, der Finowtalregion und des Baudenkmal Adler-Apotheke erfahren. Neben den Glanzstücken in der Schau, wie der Gesamtnachbildung des Goldschatzes von Eberswalde, können auch Sammlungsstücke entdeckt werden, deren Ge-

schichte nur wenigen bekannt ist. Eines davon ist der Trichterlautsprecher aus den 1920er Jahren. Er erinnert an die kleine Versuchsstelle für drahtlose Telegraphie, die vor 111 Jahren in Eberswalde am Finowkanal errichtet wurde. Die Rolle der kleinen Sendestation bei der Etablierung des Rundfunks in Deutschland wird ab November 2020 eine neue Sonderausstellung mit dem Titel »Kommunikation unter Strom – Telefon und Rundfunk« beleuchten, die in Zusammenarbeit mit der Universität in Hannover derzeit im Museum erarbeitet wird.

Gedenken in Biesenthal

Anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung des Jugendkonzentrationslagers und späteren Vernichtungsorts Uckermark wurde in Biesenthal mit einer Plakatinstallation an der alten Eiche auf dem Marktplatz an die Ereignisse erinnert. Die Initiatoren folgten damit dem Aufruf der »Initiative für einen Gedenkort ehem. KZ Uckermark«, das Gedenken in diesem Jahr dezentral und ohne Menschenansammlungen durchzuführen.

Auf den Plakaten stellten die Initiatoren außerdem den aktuellen Bezug zu den jüngsten rassistischen Morden in Hanau vom 19. Februar her, wie auch zum Schicksal der Flüchtlinge in den völlig überfüllten griechischen Aufnahmelagern, die angesichts der Corona Krise zurückgelassen werden.

Die Plakate an der Eiche ließen die Initiatoren übers Wochenende hängen. »Wir würden es leider rassistischen Menschen zutrauen, sie zu entfernen, hoffen aber auf den Anstand und Respekt vor den Opfern des Faschismus«, sagt einer der Aktiven. Die Hoffnung war leider vergebens.

Barnim für alle

Das »Digitale Wohnzimmer«

Die Initiative »Kultur & LebensART Barnim« möchte eine digitale Verbindung von Wohnzimmer zu Wohnzimmer erschaffen. Unsere Impulsgeberinnen und -geber haben die letzten Abende mit Charme und Humor liebevoll gestaltet. So wie SYLVIA PYRLIK von der Schatzinsel Bernau. Sie zeigte uns, wie man Bücher richtig abstaubt und eine Mini-Buchlesung war inklusive. URSULA KRÜGER-MATTHES ging gartentechnisch mit uns auf den hauseigenen Balkon und SIMONE HORNUNG gab Impulse zur Achtsamkeit in stürmischen Zeiten wie diesen.

Wir treffen uns zukünftig freitags im 14-tägigen Rhythmus. Nach dem kleinen Impuls kommen wir gemeinsam ins Gespräch. Teilnehmer zeigen uns Bilder, Selbsterstelltes und Bücher zum Thema.

Wenn Sie ein Stück persönliche Gemeinschaft und nachdenkliche Gespräche suchen, sind Sie im »Digitalen Wohnzimmer« herzlich willkommen. Die Online-Veranstaltungen beginnen immer um 17 Uhr, bei freiem Eintritt.

Darauf können Sie sich freuen:

- 8.5. – Verbundenheit: Handgeschriebene Kostbarkeiten
- 22.5. – Ideen zu Pfingsten für ein schönes Zuhause
- 5.6. – Nachhaltige Tipps zum Tag der Umwelt
- 19.6. – Urlaubsfeeling: Auszeit vor der Haustür
- 3.7. – Dem Herzen folgen: Ein Meer an Zeit

Impulsgeber werden zu den einzelnen Themen noch gesucht. Wer sich von einem Thema angesprochen fühlt, schickt bitte eine Mail an service@info-barnim.de

Alle Veranstaltungen im Überblick findet man auf der Webseite www.Digitales-Wohnzimmer.de. Dank gleichnamiger Facebookgruppe gehen wir gemeinsam auf Reise.

SILKE MAIER

Coronahilfe Panketal

In Zusammenarbeit mit vielen freiwilligen Helfern hat die Coronahilfe Panketal in den letzten Wochen bereits über 120 »Volksmasken« zusammengetragen. Auch aktuell nähren Freiwillige solche Baumwollmasken.

Die ersten 50 Stoffmasken wurden bereits an die AWO Panketal übergeben. AWO-Vorsitzender Burkhard Thomaschewsky zeigte sich hochofret, zählt seine »Kundschaft doch genau zur Zielgruppe der Coronafährdeten«.

Kay Schröder, der die ehrenamtliche Tätigkeit der »Coronahilfe Panketal« koordiniert, erläutert, daß es aktuell auch darauf ankomme, die unterschiedlichen Zielgruppen im Auge zu haben. »Wir dürfen die Kinder nicht vergessen. Die Kaufmasken in Einheitsgröße sind für die Gesichter von sechs- oder siebenjährigen Kindern oft zu groß«, erklärt er am Telefon. »Deshalb haben wir unsere Freiwilligen auch darum gebeten, kleinere Masken zu nähen.«



Foto: THORSTEN WIRTH

Wer sich jetzt so rasch keine Maske besorgen kann und zur Zielgruppe (über 60 Jahre bzw. mit einschlägiger Vorerkrankung) gehört, kann sich bei der Coronahilfe Panketal eine Stoffmaske abholen (Tel. 01577/3646787 oder eMail: kontakt@coronahilfepanketal.de). Über eine Spende zugunsten der »Bürgerstiftung Panketal« freuen sich die Helfer sehr.

Wer selber über die Möglichkeiten zum Nähen von Stoffmasken anzufügen, ist aufgerufen, seine Unterstützung anzubieten.

THORSTEN WIRTH

Motorrad-Lärm in Brandenburg

Potsdam (bbp). Es ist Frühling. Mit dem Frühling beginnt auch wieder die Saison der Motorradfahrer. Für die Biker ist es das reinste Vergnügen, mit ihren Maschinen das schöne Wetter an den Wochenenden für ihre Ausflüge auf den Brandenburger Straßen zu nutzen. Gerne fahren diese Biker auch in Gruppen. Sie haben ihre Treffpunkte und sogar Kirchen, die spezielle Biker-Gottesdienste anbieten.

Für die Menschen, die in der Nähe der Biker-Routen wohnen, hält sich das Vergnügen hingegen oftmals in Grenzen. »In Brandenburger Gemeinden wie beispielsweise Niederfinow oder Schorfheide«, schrieb der Landtagsabgeordnete von BVB/Freie Wähler Péter Vida in einer Kleinen Anfrage, »ist die Schmerzgrenze vieler Bürgerinnen und Bürger in Sachen Lärmbelastung durch Motorräder deutlich überschritten«. Zu einem gesunden und erholsamen Leben gehöre es auch, die Gesundheitsgefährdung durch Lärmemissionen überall dort zu reduzieren, wo solche Belastungen über einen zumutbaren Wert hinausgehen. Vida sieht durchaus die wirtschaftlichen Vorteile, weil die »Nutzer solcher Kraftfahrzeuge eine gewisse Kaufkraft in die Regionen tragen«. Dies dürfe jedoch nicht zu Lasten der Gesundheit und Lebensqualität gehen. Bereits 2017 hatte er sich mit einer Kleinen Anfrage zu dem Thema an den Landtag gewandt (Drucksache 6/6600). Seitdem habe sich »diesbezüglich nichts zum Positiven verändert. Im Gegenteil – die Belastung hat weiter deutlich zugenommen. Dies ist zu einem untragbaren Zustand geworden.«

Der Landtagsabgeordnete erfuhr vom Minister des Innern und für Kommunales, daß bei der Polizei in Brandenburg »eine Statistik zu Anhaltkontrollen sowie zu Verstößen im Zusammenhang mit Geräuschemessungen von Motorrädern ... nicht geführt« wird. Immerhin verfügt die

Polizei über 14 handgehaltene Schallpegelmeßgeräte. Ein spezielles Fahrzeug gebe es nicht, so der Minister. Diese Schallpegelmeßgeräte können ausschließlich zur Verdachtsgewinnung eingesetzt werden. »Sollte ein Krad durch überdurchschnittliche Lärmentwicklung auffallen, muß anschließend beweissicher die Untersuchung durch einen Sachverständigen oder eine zertifizierte Prüforganisation erfolgen.« Ob und wie häufig es dazu kam, berichtet der Minister nicht.

Auf die Frage, ob es seitens des Landes ein Maßnahmenpaket oder Konzepte gibt, um die Lärm- und Umweltbelastung insbesondere durch Motorräder zu senken, verweist der Minister auf EU-Richtlinien, in denen Regelungen über den zulässigen Geräuschpegel von Kraftfahrzeugen festgelegt sind. Diese könnten von der BRD nicht national verändert werden. »Das Land Brandenburg unterstützt aber die Initiativen des Bundesverkehrsministeriums auf internationaler Ebene, um zu gewährleisten, daß die geltenden Lärmgrenzwerte von Motorrädern auch bei höheren Geschwindigkeiten eingehalten werden.« Dies betreffe vor allem die Änderung der Typgenehmigungsvorschriften bis hin zu einer realeren Prüfung des Geräuschverhaltens. Erfolgreich sei hier eine Regelungslücke im EU-Recht geschlossen worden, »die es bisher ermöglicht hat, bereits in Verkehr befindliche Fahrzeuge legal mit nachträglich eingebauten Klappensteuerungen oder Soundgeneratoren auszustatten, die zu einem überhöhten Lärmpegel im realen Betrieb führen können«. Und schließlich hätten die Kommunen im Rahmen des Bundesimmissionschutzgesetzes »die Möglichkeit, durch die Aufstellung von Lärmaktionsplänen Lärmprobleme zu behandeln. Im Rahmen der Lärmaktionsplanung können sie geeignete Maßnahmen zur Reduzierung von durch den Straßenverkehr verursachten Lärm entwickeln und umsetzen.«

Tag der Befreiung am 8. Mai

Bitte macht mit bei unserer Gedenk-Aktion! Wir brauchen dringend eure Hilfe! Wir wollen zeigen, wie vielen Menschen der 8. Mai als bundesweiter Feiertag wichtig ist.

Aufgrund der Beschränkungen in der Versammlungsfreiheit zur Coronapandemie rufen wir zu einem dezentralen Gedenken auf und bitten euch – ab sofort bis zum 8. Mai - Blumen an Gedenkort abzugeben!

Wie funktioniert die Aktion?

Finde einen Gedenkort in deiner Nähe, der an die Opfer des Faschismus und Widerstandskämpferinnen und -kämpfer oder an Etappen der Befreiung erinnert – z.B. Gedenkzeichen, Gedenktafeln, Straßenschilder oder Stolper-

steine. Lege eine Blume an dem Gedenkort ab. Mache ein Foto oder Video davon – mit dir zusammen oder ohne. Poste es auf deinen Social Media Kanälen, um auf die Aktion aufmerksam zu machen!

Schreib gerne deine eigenen Gedanken dazu und mache auf die Petition »8. Mai zum Feiertag machen!« aufmerksam ([Change.org/8Mai](https://change.org/8Mai)). Bisher haben schon mehr als 50.000 Menschen die Petition unterschrieben.

Wenn alle mitmachen, dann wären das mehr als 50.000 Blumen für die Opfer des Faschismus, Widerstandskämpfer und Befreier. Das wäre ein wahnsinnig tolles Zeichen!

ESTHER BEJARANO & VVN-BdA e.V.

Neuen Windpark verhindern

Gegen das Vorantreiben des größten Windparks in der Region, die von den Berliner Stadtwerken geplante Errichtung von neun neuen Anlagen zwischen Bernau und Albertshof, gibt es erhebliche Proteste. Das Gebiet ist bereits jetzt massiv durch zahlreiche Windräder betroffen, erst jüngst mußte die Überschreitung von Lärmemissionsgrenzen eingräumt und eine nächtliche Abregelung vorgenommen werden. Nun in der Nähe dieses Feldes weiterzubauen, ist unverantwortlich.

Bereits die Grundannahme, daß die neuen Anlagen ab 2021 Ökostrom produzieren würden, ist falsch. Aufgrund der bereits bestehenden Überkapazitäten erzeugen diese Anlagen (statistisch gesehen) keinen neuen Strom, sondern erhöhen nur die Überkapazität und ver-

teuern damit den Strompreis. Wir fordern daher, die Maßnahmen zumindest bis zur Anhörung der Normenkontrollklage vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg auszusetzen. Denn gegen den betreffenden Teilflächenplan ist Klage erhoben worden.

Davon unabhängig braucht es den Nachweis, daß ein gesundheitsrelevanter Lärmpegel nicht überschritten, ein Schattenwurf auf Wohngebiete ausgeschlossen und eine nächtliche Radarabschaltung der Blinkfeuer sichergestellt wird. Auch die Grundwasserrelevanz der Fundamente der 141 Meter hohen Anlagen ist zu untersuchen. Zur Kontrolle dieser Punkte habe ich eine parlamentarische Anfrage an die Landesregierung eingereicht.

PÉTER VIDA

Eine Erfolgsstory des Bürgermeisters?

Nach gut 100 Tagen wurde der neue Wandlitzer Bürgermeister OLIVER BORCHERT zu einer ersten Zwischenbilanz befragt. Er behauptete, allerhand von seinen Wahlversprechen eingelöst zu haben. Bedeutend meinte er, daß er in der Schul- und Kitapolitik parteiübergreifende Einigung erzielte. Die Wandlitzer Grundschule soll aufgestockt und in Schönwalde eine neue Grundschule gebaut werden.

Über diese Aussage waren wir sehr erstaunt, da bisher nur eine Arbeitsgruppe im Februar tagte, deren Ergebnis jedoch den Gemeindevetretern weder im Detail noch begründet vorgelegt wurde. Borchert selbst führte sogar auf dem Neujahresempfang der Gemeinde aus, daß die Schülerzahlen in Schönwalde eigentlich nicht ausreichen für diesen Standort. Er nutzt somit die Situation, um an der Gemeinde vorbei schon erste Aktivitäten für den neuen Schulstandort einzuleiten, ohne daß die Gemeinde dazu einen Beschluß gefaßt hat.

Zum vorgesehenen Jugendclub im Ortsteil Wandlitz hat er trotz Beschlußlage der Gemeinde für ein Grundstück in der Nähe des Güterbahnhofes alle Aktivitäten, die bereits

über Architekten eingeleitet wurden, gestoppt. Dazu gab es weder eine Entscheidung der Gemeinde noch des Hauptausschusses. Darüber hinaus nahm Borchert mit der NEB Verhandlungen zum Bahnhof Wandlitz auf, obwohl im vergangenen Jahr dazu festgelegt war, dies nicht zu tun. Die NEB möchte das Gebäude natürlich loswerden. Der damalige Ortsvorsteher Borchert hatte eigene Nutzungsvorstellungen, die damals wegen ungeklärter Statik und weil Entschädigungen an die Mieter zu zahlen wären, abgelehnt wurden.

Die Eigenmächtigkeit des Bürgermeisters verärgert unsere Fraktion massiv. Wir können uns nicht erklären, warum einige Fraktionen der Gemeinde dies nun mittragen wollen. Auch Anfragen unserer Fraktion dazu, z.B. welche Kosten für den Jugendclub schon entstanden sind, werden vom Bürgermeister ignoriert. Bei der Bewertung der Bilanz braucht es eine kritische Gesamtbetrachtung der Arbeit insbesondere im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der Gemeindevertretung.

MONIKA BRAUNE, Fraktionsvorsitzende
BVB/FREIE WÄHLER in Wandlitz

Anzeige



Dr. Waldtraud Voigt

Naturschutzbericht

Mitte April erschien der dritte Naturschutzbericht der WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft. Auf mehr als 60 Seiten berichtet die WHG kurzweilig und gut bebildert über ihr Engagement zum Schutz von Natur, Umwelt und für die Menschen in Eberswalde.

Kleine und größere Projekte, die natürlich der Natur zugutekommen und den Menschen, die bei der WHG wohnen, ein hohes Maß an naturnaher Umgebung zum Wohl(n) fühlen inmitten der lebendigen Quartiere ermöglichen. Mit dabei sind auch immer unsere langjährigen Partner, die uns bei der Gestaltung von grünen Höfen und Gärten mit jeder Menge Aufenthaltsqualität beraten. Die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde, die Stiftung WaldWelten, Studierende, Schüler und Lehrer der Schulen und sogar die kleineren Kinder aus den Kitas sind schon begeistert mit dabei, gemeinsam mit uns die Idee der grünen eßbaren Stadt zu entwickeln. Nehmen Sie Anteil an unseren Projekten und begeistern Sie sich für urbane Natur, die man so gar nicht auf den ersten Blick entdeckt oder hinter den Häuserfassaden vermutet.

Der Naturschutzbericht 2017/2018 ist ab Ende April 2020 auch online auf www.whg-ebw.de verfügbar. Interessierte Mieterinnen und Mieter der WHG können sich frühestens ab Mai 2020 in den Geschäftsstellen ein kostenloses limitiertes Exemplar abholen. Das Angebot gilt solange der Vorrat reicht. Aktuell sind die Geschäftsstellen der WHG noch wegen der Pandemie geschlossen.

DOREEN BODEN

Barnimer Bürgerpost
abonnieren!

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
internet: www.barnimer-buergerpost.de
Telefon: 0 33 34 / 35 65 42

Das Virus, es hat uns!

Seit heute gilt die Maskenpflicht im Land Brandenburg. Sozusagen ein Vermummungsgebot.

Ich weiß nicht, ob ich die Einmalgebrauchsmaske aus der Apotheke für den Gang zum Bäcker nehmen soll, oder mir einfach ein kochfestes Taschentuch vor den Mund halte. Ich entscheide mich für die wirtschaftlichere Variante und warte brav vor der Tür, bis der zweite Kunde den Laden verläßt und trete ein. »Bhuun Mhhoon, heen Bhhuuashonn bhüpphe!« Die Verkäuferinnen, auch mit Mundschutz, rätseln: »Whash bhüpphe mhhähhdher Hhäär?« Ich wiederhole: »Heen Bhhuuashonn bhüpphe!« Die Dame hinterm Tresen: »Ooch, Shie mhheen heen Bhhuuassont, whhie öhmmr, sha?« »Mmhh, mmhh!« bestätige ich meinen Croissant-Wunsch und bezahle. Ich denke mir, die Politik weiß eben unser aller Leben zu erleichtern in dieser schwierigen Zeit.

Letzte Woche mußte ich mit dem Obus in die Stadt, weil ich wegen Rückenschmerzen nicht Fahrrad fahren konnte. An der Haltestelle: Eine Dame trägt ihre selbstgenähte Maske lässig unten am Hals, wer weiß, wie lange schon, und als der Bus kommt, wird sie zum Zorro, oder auch zum Michael Jackson. Im Bus sonst keiner mit Maske, es war ja zu diesem Zeitpunkt auch noch keine Pflicht. Am Westend-Kino steigen zwei ältere Semester zu, beide mit hellblauen Apothekenmasken und setzen sich mir gegenüber. Ich fühle mich plötzlich so nackt im Gesicht, schaue meine Ge-



FOTO: JURGEN GRAMZOW

genüber an, kann aber nicht enträtseln, was sie gerade denken. Nur ausdruckslose Augen starren aus dem vermummten Gesicht. Ich fühle mich wie in einem Horrorfilm und bin froh, am Karl-Marx-Platz aussteigen zu dürfen.

Nun, heute, da meine Rückenschmerzen vorüber sind, werde ich den Teufel tun und noch einmal Bus fahren. Da tut mir der Öffentliche Nahverkehr echt leid. Jetzt ist private Mobilität angesagt und der Verkehr auf den Straßen scheint dem Recht zu geben. Wer will schon in ausdruckslose Maskengesichter starren, bedeckt mit chinesischen Einwegtüchern, die seit zwei Wochen im Dienst sind? Das Virus, es hat uns. Aber es sitzt vor allem im Kopf und nicht in der Lunge ...

JÜRGEN GRAMZOW

Normalisierung geplant

Eberswalde (bbp). Am 24. April hat sich der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski mit einem Brief an die Stadtverordneten gewandt und diesen Brief auch allen sachkundigen Einwohnern zur Kenntnis gegeben.

Darin informiert er, daß sich die Verwaltungsspitze mit den Fraktions- und Ausschußvorsitzenden verständigt habe, daß auch im Monat Mai keine Fachausschüsse stattfinden, sondern lediglich am 19. Mai der Hauptausschuß und am 28. Mai die Stadtverordnetenversammlung durchgeführt werde.

Ab Juni sollen nach derzeitigem Stand auch alle Fachausschüsse wieder stattfinden. Eine Reduzierung der Größe der Stadtverordnetenversammlung oder eine Übertragung von Kompetenzen an den Hauptausschuß werde die Stadtverwaltung nicht vorschlagen, weil es hierzu »kein einheitliches Meinungsbild« gegeben habe. Sie bietet aber juristische Hilfe an, falls eine der Fraktionen solches vorschlagen will.

41.894 Einwohner

Eberswalde (bbp). Die aktuelle Einwohnerstatistik der Stadt Eberswalde verzeichnet zum Stichtag 31. März 41.894 Einwohnerinnen und Einwohner, davon 21.307 weiblich und 20.587 männlich. Davon haben 3.318 (7,9 Prozent) eine ausländische Staatsangehörigkeit. Der weibliche Anteil liegt hier bei 1.438 gegenüber 1.880 Jungs und Männern.

Seit Ende 2019 wuchs die Bevölkerung um 36 Menschen. Diese steigende Tendenz verdankt die Stadt den Menschen ohne BRD-Staatsangehörigkeit, die mit einem natürlichen Zuwachs von 5 und einem positiven Wanderungssaldo von 77 die Verluste der Menschen mit BRD-Paß kompensieren konnten. Deren Sterbeüberschuß von 73 stand nur ein positives Saldo von 27 Zugewanderten gegenüber.

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.
anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
telefon: (0 33 34) 35 65 42
e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
internet: www.barnimer-buergerpost.de
redaktion: Gerd Markmann
druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088
redaktionsschluß: 22. April 2020

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.
 Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 20. Mai 2020.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

IBAN _____ BIC _____ Bank _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in _____

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote) _____

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde (Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)